

Inhalt: -Schwerpunkte der Arbeit im Mai
-Beschlüsse zur Einführung zusätzlicher Anleitungsstrukturen und zur Verbesserung des Berichtswesens
-Beschluss zum Beitrag des Gen. G.H.
-"Zu wichtigen Fragen unserer Politik", Beitrag von G.H.

Für den restlichen Mai steht im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit die jüngste Wehrgesetznovelle, die Zusammenfassung und Organisation des Protests dagegen. In engster Verbindung damit muß stehen: die Agitation gegen das bürgerliche Heer, gegen die Rechtlosigkeit der Soldaten, Enthüllung der Zustände im Heer und in den Kasernen; Demaskierung der 'Verteidigungspolitik' der bürgerlichen Regierung mit ihrem Ziel der zügellosen Aufrüstung des staatlichen Unterdrückungsapparats, der Eingliederung in die NATO-Strategie und der festeren Kettung der Massen an die bestehende Gesellschaftsordnung; Propaganda für die Abschaffung des stehenden Heeres sowie der Polizei und Gendarmerie, für die allgemeine Volksbewaffnung auf dem Weg der politischen Macht-ergreifung durch die Arbeiterklasse und der Herstellung der umfassenden Volkssouveränität; Aufklärung über den Imperialismus als Ursache der modernen Kriege und über die Kriegstreiberei der beiden Supermächte, dieser Hauptfeinde der Völker der Welt, als Quelle der wachsenden Kriegsgefahr.

Maßgeblich für unsere aktuelle Ausrichtung im Kampf gegen die Wehrgesetznovelle ist der Leitartikel der Mai-KAZ, die in den nächsten Tagen erscheint. Herangezogen werden sollte auch der Artikel im Wr. Klassenkampf von Ende April. Vorläufig weiterhin einsetzbar ist die Arbeitssache Nr. 6, in Verbindung mit dem abgezogenen Aktionseinheitsbrief. Sobald geklärt ist, ob es zu einer breiten Aktionseinheit kommen kann und sobald der Termin für die Demonstration feststeht, erscheint Mitte nächster Woche ein weiteres Massenflugblatt.

Es sind in allen Einheiten Vorbereitungen für eine wirksame Agitation gegen die Wehrgesetznovelle und breite Mobilisierung für die Demonstration besonders an den Betrieben, aber auch in den Bereichen, und hier widerspeziell bei verschiedenen Schulen zu treffen.

Wenn dieser Tage von den Revisionisten bereits eine Demonstration für 25.5. öffentlich angekündigt wird, so ist das ein Bruch der Vereinbarungen der ersten AE-Sitzung (von der wir nur zufällig(!) erfahren und an der gegen den Willen der Revisionisten ein MSB-Genosse, freilich ohne Organisationsauftrag, teilnahm). Diese Praktiken haben leichte Empörung bei einigen anderen Organisationen ausgelöst, was zugleich wieder bessere Bedingungen für die Zurückweisung und Unschärflichmachung der Spalterpolitik der KPÖ-Organisationen schafft.

Besonders wichtig ist, daß wir die Erfahrungen aus unseren früheren AE-Bestrebungen berücksichtigen und intensiv gerade unter den Massen und unter der weiteren und engeren Anhängerschaft der angeschriebenen Organisationen Stimmung für eine gemeinsame Demonstration auf der vorgeschlagenen Grundlage machen, gleichzeitig natürlich unsere weitergehenden Auffassungen und Einschätzungen propagieren.

Daß die Bedingungen speziell unter den SP-Jugendorganisationen auch nach dem Parteivorstandshammer immer noch günstiger sind als bei so manchen früheren Anlässen, das beweist die Teilnahme solcher Jugendlichen an der Demonstration des KB Wien und darauf deutet auch hin, wenn ein SJ-ler in Salzburg am selben Tag, als Konecny in Wien -einen Tag vor dem Parteivorstand- bereits zum Abblasen der angekündigten

Demonstrationen rief, noch betonte, daß alle neun Landesvorstandsmitglieder der Salzburger SP-Jugend nach wie vor gegen die Zwangsverpflichtungen sind und eintreten.

Es ist zwar nicht unmöglich, aber ziemlich unwahrscheinlich, daß es uns gelingt, die hiesigen SP-Jugendorganisationen zu einer offiziellen Teilnahme an einer Demonstration zu bringen, aber wir streben dies natürlich an und umso eher wird es uns gelingen, zumindest Teile ihrer Anhängerschaft für eine Demonstration zu gewinnen.

Noch eine Anmerkung zur zentralen Losung: Die Forderung nach dem Rücktritt Lütgendorfs erheben wir aufgrund des Stands der Bewegung vor-derhand nicht zentral und machen sie auch von uns aus nicht zur Grundlage der Aktionseinheit.

Zur Vertiefung unserer Ausrichtung und zur Verbesserung unserer Agitation und Propaganda wird ein provisorischer Militärausschuß aus H.B., E.Th., G.R. und J.R. eingerichtet. An letzteren sind auch alle Agitationsberichte und Meldungen zur Sache unverzüglich weiterzuleiten. Insbesondere sind alle Kontakte zu Soldaten in Salzburger Kasernen bekanntzugeben und zu betreuen.

Wir werden die lange vernachlässigten Heeresfragen auch nach der Demonstration nicht mehr aus den Augen verlieren dürfen und zu einem festen Bestandteil unserer Politik machen müssen.

In der kommenden Woche müssen wir einen Teil der Kräfte auch der Vorbereitung der im April ausgefallenen Kambodscha-Filmveranstaltung widmen. Sie findet am Freitag, 21.5. um 19 Uhr 30 im Schubert-Kino in Gnigl, Eichstraße Ecke Fürbergstraße, hinterm Gasthaus Neuhauser, statt. Zur Vorbereitung dient vor allem der Beitrag im LRS 22.

Zur Ankündigung wird ein Kasten auf der nächsten Arbeitersache eingeplant, der Schwerpunkt liegt auf den ab Sonntag vorhandenen Plakaten. Diese sind auch durch Stelltafeln (vor den Betrieben und mind. 1 je Bereich sowie auf Universität und zumindest noch vor Berufsschule und LKA) zu verbreiten. Zur Veranstaltung erscheinen die Genossen spätestens eine Viertelstunde vor Beginn; jene, die den Film im Lokal schon gesehen haben, kommen natürlich genauso zur offiziellen Veranstaltung hin. Es wird auch eine Spendensammlung veranstaltet und der Literaturvertrieb soll einen Tisch vorbereiten.

Berichte über den Einsatz, Erfahrungen und Erfolge sind in die Kollektivberichte für den Monat Mai einzuarbeiten.

-Zur Slowenenfrage und Unterschriftensammlg. gegen Iberia-Prozeß Näheres auf der KLB.-

Die Auswertung und Einschätzung der Aktivitäten zum 1. Mai erfolgte mündlich auf einer Kollektivleiterbesprechung und muß daraufhin abschließend noch einmal in den Einheiten besprochen werden. Zu den Lehren aus dem diesjährigen 1. Mai und zu einigen Meinungsverschiedenheiten über den gemeinsamen Aufruf und über Fragen der Kritik und Selbstkritik in unserer Organisation wird von der Leitung im Rahmen des Rechenschaftsberichts Stellung genommen.

Hauptfrage der politischen Auseinandersetzung innerhalb unserer Organisation und zusehends in der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung ist die Einschätzung der Weltlage und die Bestimmung unserer Aufgaben zur Herstellung der internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus der Supermächte.

Ein diesbezügliches, von der 2. DK des KB Wien verabschiedetes Dokument

wurde im KB bereits ausgegeben.

In diesem Rundschreiben wird ein Beitrag von G.H. zu den umstrittenen Fragen abgedruckt sowie ein Beschluß der Leitung dazu.

Dieser Beschluß, mit relativer Mehrheit (gegen die Stimme des Gen.G.H. und bei einer Stimmenthaltung) gefaßt, ist maßgeblich für das Herangehen an den RB der Leitung und für das öffentliche Auftreten des KB in diesen Fragen.

Es ist notwendig, die aufgebrochenen Differenzen in Zusammenhang mit der Festlegung der gesamten politischen Linie der österreichischen Kommunisten zu sehen und alle Einheiten haben bis Ende Mai über ihre Haltung zu dem vorgelegten Beitrag, über Zustimmung oder Ablehnung des Leitungsbeschlusses zu entscheiden. Unbedingt zu beachten und notwendig ist es dafür, nicht alle möglichen Detailkritiken am Beitrag in den Vordergrund zu stellen, sondern im Linienkampf Stellung zu beziehen, der hierzu immer deutlicher entbrennt.

Notwendig ist eine Vertiefung der Debatte mit dem Ziel der Beseitigung von Unklarheiten und der positiven Festlegung unserer Linie. Dazu muß gerade die Programmdebatte und Diskussion über den RB (den wir jetzt bis Ende Mai fertigzustellen trachten) auch dienen, darüberhinaus ist an ein allgemeines Plenum mit Referaten über die hauptsächlichen jetzt aufgebrochenen Streitpunkte für Ende Mai/Anfang Juni gedacht.

Ebenso wird die Leitung ihre Haltung zur 'Kriegsgefahrresolution' des KB Wien -insgesamt und zu einzelnen Punkten- rasch klären und Richtlinien zur Diskussion dieses Dokuments in die Organisation geben. Literaturangaben zur Vertiefung des Studiums werden auf KLB's bekanntgegeben.

Entfalten wir ausgehend vom Beschluß der Leitung die Kritik an einer Abweichung, die beim Kampf gegen die Kriegsgefahr und für die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht beginnt und früher oder später beim offenen Verrat an der sozialen Revolution landet, vertiefen wir die konkrete Analyse der konkreten Situation, bestimmen wir unsere Aufgaben im Kampf gegen Imperialismus und Weltherrschaftstreben der beiden Supermächte richtig!

J.R.

Beschlüsse der Leitung vom 10.5.76 betreffend:

Einführung zusätzlicher Anleitungsstrukturen

"In Anbetracht der Lage, daß sich die Massenarbeit der Kollektive nach wie vor nicht auf die Betriebe konzentriert, daß das Berichtswesen noch kaum entwickelt ist und äußerst liberal gehandhabt wird,

ausgehend von diesen zwei Punkten, die das tatsächliche Ausmaß der gering entwickelten Eigenständigkeit der Arbeit der Kollektive im Rahmen demokratisch-zentralistischer Strukturen noch gar nicht in vollem Umfang beleuchten,

beschließt die Leitung, speziell geltend für die Betriebskollektive eigene Anleitungsstrukturen neben und zusätzlich zu der zentralen Kollektivleiterbesprechung einzuführen."

Ausgehend davon wurde festgelegt:

G.H. gibt die Hallein-Verantwortlichkeit (siehe Beschlüsse der 1.ao. DK) ab und arbeitet mit sofortiger Wirkung im Schneiders-Koll.mit B.O. übernimmt Hallein-Verantwortlichkeit und persönliche Anleitung des Post-Kollektivs

L.H. persönliche Anleitung gegenüber Bleckmann-Kollektiv

J.R. ab sofort wieder hauptsächliche Wahrnehmung der Sekretärsaufgaben, aber weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem Stv.B.O.

Beschluß zur Aufhebung der Protokollablieferungspflicht und strikte Verbesserung der regelmäßigen schriftlichen Berichterstattung durch die Kollektive

"Um Bedingungen für besseres beschlußmäßiges Arbeiten und Berichtswesen der Kollektive zu schaffen, erklärt die Leitung den Beschluß vom 21.12.75 (LRS 17) betreffend Protokollablieferungspflicht und Berichtswesen für hinfällig und legt fest:

- jedes Kollektiv verfaßt monatlicheinen Bericht, ausgehend von den Richtlinien im LRS 17, der über die gesamte Tätigkeit der Kollektive im Berichtszeitraum, über gefaßte Beschlüsse und über die Durchführung derselben Auskunft gibt,
- Die Pflicht zur Ablieferung der Protokolle erlischt; schriftlich müssen alle Beschlüsse für die Kollektivmitglieder festgehalten und in 1 Expl. dem monatlichen Bericht an die Ltg. beigeheftet werden."

Beschluß zur Stellungnahme "Zu wichtigen Fragen unserer Politik" von G.H.

"Die Leitung des KB Salzburg/Hallein fordert zur Kritik und Zurückweisung der im Beitrag 'Zu wichtigen Fragen unserer Politik' vorgeschlagenen Linie für den Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemoniestreben der Supermächte sowie gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges auf.

Der Beitrag ist nicht geeignet, unsere politische Linie in ganz wesentlichen Fragen konkret und aktuell festzulegen, der Vorschlag führt vielmehr zu gefährlichen Abweichungen von der revolutionären Linie, er läuft in der Praxis auf die Unterordnung des proletarischen Befreiungskampfes unter den Kampf zur Wahrung der Unabhängigkeit und gegen den Hegemonismus der zwei Supermächte, letztlich auf den Verrat an der Einleitung und Durchführung der sozialen Revolution hinaus.

Der Ausgangspunkt dieser Abweichung liegt in der einseitigen und falschen Einschätzung der Lage auf der Welt und der Kräfte der Revolution und Konterrevolution im Weltmaßstab:

- Die Herausbildung dreier Welten wird nicht auf Grundlage der vier entscheidenden Widersprüche gesehen und untersucht
- die Widersprüche unter den Imperialisten werden einseitig hervorgehoben, insbesondere die Widersprüche zwischen der Ersten und Zweiten Welt, welche in der Tendenz als Widersprüche zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen dargestellt werden ("berechtignte nationale Interessen Österreichs")
- die Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus wird überspitzt und nicht im Rahmen des Ringens beider Supermächte um die Vorherrschaft dargestellt; die Faktoren der Revolution in unserem Land werden geringgeschätzt
- der österreichische Imperialismus wird verharmlost, seine historisch bedingten vielfältigen Bindungen an den US-Imperialismus und in Europa besonders an den BRD-Imperialismus werden insgesamt mißachtet
- die Staaten der Zweiten Welt werden einseitig als am Frieden interessierte charakterisiert, die wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten ihrer Bourgeoisien jedoch nicht berücksichtigt.

Davon ausgehend werden falsche Schlußfolgerungen und Festlegungen für unsere politische Linie abgeleitet:

Die österreichische Monopolbourgeoisie kann und wird niemals "berechtigte nationale Interessen Österreichs" wahrnehmen, weil die Grundlage ihrer Existenz die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Inneren und die Teilhabe an der Ausplünderung und Niederhaltung der unterdrückten Nationen ist.

Im Rahmen der internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere den Hegemonismus der beiden Supermächte ist es für die Arbeiterklasse unseres Landes, solange sie noch nicht die politische Macht ergriffen hat und überhaupt Herr im Lande ist, möglich und notwendig, die bürgerliche Regierung zu bestimmten Schritten aufzufordern und unter Druck zu setzen, jedoch nicht zum Zwecke eines 'Bündnisses mit der Bourgeoisie'. Dagegen muß das Proletariat, solange die österreichische Bourgeoisie unumschränkt herrscht, den Kampf auf den Sturz derselben konzentrieren.

Im Fall der wachsenden und akuten Bedrohung der Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität Österreichs muß die Arbeiterklasse nach wie vor und gerade ^{auch} im Hinblick darauf der herrschenden Klasse die Herrschaft und die Führung des Landes streitig machen.

Wird im Falle einer militärischen Besetzung und offenen Unterjochung Österreichs durch eine größere imperialistische Macht das Recht auf Selbstbestimmung zertreten, so wird vorübergehend zur Hauptaufgabe die Mobilisierung aller Kräfte für den nationalen Befreiungskampf, in dem sich die Arbeiterklasse an die Spitze stellen muß, um in der nächsten Etappe unverzüglich zur sozialistischen Revolution weiterzuschreiten.

Die These, daß 'die Erhaltung des Friedens heute im .. eigenen Klasseninteresse' der österreichischen Bourgeoisie liegt, ist falsch und irreführend.

Nicht zum 'Bündnis mit der Bourgeoisie', nicht zur gemeinsamen Verteidigung der Ausbeuterordnung und des Unterdrückerstaates rufen wir auf, sondern zum selbständigen Massenkampf des Proletariats an der Spitze des gesamten Volkes zur Abschaffung jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung.

Nur auf dieser Grundlage kann die Entfaltung einer Massenbewegung für die Erhaltung des Friedens und zur Bekämpfung des Imperialismus, insbesondere zur Isolierung der beiden Supermächte erfolgreich sein, die Wachsamkeit und Selbständigkeit des Volkes erhöht und gute Bedingungen für die Niederschlagung aller Reaktionäre und Imperialisten geschaffen werden.

Nur so kann das Proletariat der kapitalistischen Länder zur führenden Kraft im Rahmen der internationalen Einheitsfront werden.

Nur im umfassend geführten Klassenkampf wird das Programm der Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie, Unabhängigkeit und Sozialismus verwirklicht werden können.

Nur so leisten wir den uns zustehenden Beitrag innerhalb der internationalen Einheitsfront zur Isolierung der Kriegstreiber, zur Schwächung des Imperialismus, zur Stärkung der Völker und zum Vormarsch der proletarischen Weltrevolution.

Zur Entwicklung und Festlegung der politischen Linie der österreichischen Kommunisten ist es unerlässlich, die im Beitrag 'Zu wichtigen...' geäußerten falschen Ansichten zu verurteilen und das Studium der Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu vertiefen."

beschlossen am 14.5.1976

zu wichtigen fragen unserer politik

Die gegenwärtige Linie der KB's in der Frage von Krieg und Frieden und der internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus geht nicht von einem korrekten marxistisch-leninistischen Standpunkt aus. Beginnend mit der Einschätzung der internationalen Situation, der Rolle Österreichs im Rahmen der gesamten Weltlage, des Charakters eines drohenden neuerlichen Weltkrieges wird vom Marxismus-Leninismus abgewichen, was sich in schwerwiegenden Fehlern und Abweichungen betreffend des Kampfs gegen die Supermächte, um die Erhaltung der Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität Österreichs und des Kampfes gegen die Gefahr eines drohenden Krieges sowie der Vorbereitung auf einen Kriegsfall niederschlägt. Diese Fehler müssen in der Folge - wenn sie nicht rechtzeitig korrigiert werden - zum Opportunismus und Kapitalintertum in verschiedener Form führen. Um diese Fehler nicht zu machen ist es notwendig die Frage zu stellen: welche Fragen erwecken uns angesichts der gesamten gegenwärtigen Weltlage? Wie müssen wir hier in Österreich auf die Veränderungen in der Welt, die sich in letzter Zeit abgespielt haben, antworten? Dazu ist es notwendig sich zunächst diese Veränderungen die zur gegenwärtigen Weltlage geführt haben, vor Augen zu halten.

Das kann hier natürlich nur skizzenhaft geschehen. Im 2. Weltkrieg schmiedete sich eine internationale Einheitsfront des Sozialismus und der Demokratie. Sie entstand angesichts der faschistischen Offensive in der ganzen Welt, die zu dieser Zeit die grösste Gefahr für die Völker der Welt darstellte. Die Schlacht zwischen diesen beiden Fronten endete mit einem Sieg der Einheitsfront der Demokratie. Das Ergebnis war, dass mit dem Ende des 2. Weltkriegs dem Imperialismus ein gewaltiger Schlag versetzt wurde, dass eine Reihe von Volksdemokratien entstanden und dass nicht mehr nur ein sozialistischer Staat existierte, sondern dass sich ein ganzes sozialistisches Lager herausbildete. Ein weiteres Ergebnis war das Zusammenbrechen des bislang relativ stabilen Herrschafts des Kolonialismus und Neokolonialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika nach dem zweiten Weltkrieg. "Der Sieg im antifaschistischen Krieg leitete ein neues Stadium des revolutionären Kampfes der unterdrückten Volksmassen und der unterjochten Nationen ein. Das Donnern der Kanonen brachte die unterdrückten Volksmassen und geknechteten Nationen in jedem Winkel der Erde zum Erwachen. Grösse revolutionäre Stürme erhoben sich in Asien, Afrika und Lateinamerika. Nach dem ersten Weltkrieg erfreute sich die imperialistische Herrschaft in den Kolonien und Halbkolonien einer Periode relativer Stabilität, aber nach dem zweiten Weltkrieg gab es diese relative Stabilität nicht mehr. Die unaufhörlichen Antimperialistischen Kämpfe der Völker haben die Grundlagen der Herrschaft des Imperialismus erschüttert und zerstört. Der Imperialismus hat sein sicheres Hinterland ein für allemal verloren" (Die historischen Lehren des antifaschistischen Krieges, Peking 1965 S. 3). Die Hauptkraft im Kampf gegen die faschistische Front waren die Völker der Welt. Aber eine Reihe von Staaten in denen eine imperialistische Bourgeoisie herrschte, schlossen sich den Reihen des Antifaschismus an, nachdem sie anfangs gegenüber den faschistischen Aggressoren eine Befriedungspolitik verfolgten und anfänglich einen imperialistischen Krieg geführt hatten, um ihre imperialistischen Stellungen und Kolonialbesitzungen vor Hitler zu schützen und die Befriedungspolitik mit anderen Mitteln fortzusetzen (England, Frankreich). Erst als die Faschisten ihre eigenen Staaten angriffen, die Volksmassen die Befriedungspolitik und die imperialistische Kriegsführung immer heftiger verurteilten, und als schliesslich die Sowjetunion angegriffen wurde, waren auch die Regierungen dieser Länder gezwungen der antifaschistischen Front beizutreten. Es war notwendig und wichtig, dass sich auch diese Kräfte den antifaschistischen Reihen anschlossen, denn ohne

sämtliche Kräfte in einer ~~gmx~~ antifaschistischen Einheitsfront zusammenzuschliessen wäre es nicht möglich gewesen den Faschismus zu schlagen. Der Krieg der Völker gegen die faschistischen Staaten war ein gerechter Krieg gegen imperialistische Aggressoren.

Sofort nach dem Krieg trat der US^A-Imperialismus an die Stelle der faschistischen Achsenmächte. Als Hauptmacht der Aggression wurde er zum Tölpel der Völker aller Länder. Der US^A-Imperialismus wurde zum Weltgendarm mit der Aufgabe die Befreiungskämpfe der unterdrückten Nationen und Völker niederzuhalten.

Er übte auf politischem wirtschaftlichem und militärischem Gebiet die Kontrolle über die Verliererstaaten des zweiten Weltkriegs aus. Er versuchte auf ~~fx~~ eben denselben Gebieten auch die Kontrolle über seine europäischen Verbündeten während des zweiten Weltkriegs auszuüben.

Sofort nach dem zweiten Weltkrieg wuchs die Gefahr für den Ausbruch eines dritten Weltkriegs. Der US^A-Imperialismus betrieb eine Politik der Kriegsprovokation gegenüber den sozialistischen Ländern, wobei ihm seine Lakaien in verschiedenen Ländern, vor allem in den westeuropäischen Ländern unterstützten.

Auf Grund einer entsprechenden Analyse der Lage auf der Welt appellierte Mao Tsetung 1964 an alle Völker und alle Kräfte, die dazu fähig waren, eine internationale Einheitsfront gegen den US-Imperialismus zu bilden. "Die Völker des sozialistischen Lagers müssen sich verbünden, die Völker aller Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas müssen sich verbünden, die Völker aller Kontinente müssen sich verbünden, alle friedliebenden Länder müssen sich verbünden, alle Länder, die der Aggression, Kontrolle, Einmischung und Schikane seitens der US^A ausgesetzt sind, müssen sich verbünden, sie müssen eine möglichst breite Einheitsfront zum Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des US^A-Imperialismus und zur Sicherung des Weltfriedens bilden" (Die historischen Lehren S 28).

In Österreich mobilisierte die damals noch kommunistische KPÖ nach dem zweiten Weltkrieg auch alle Kräfte gegen die wirtschaftliche, militärische und politische Kontrolle hauptsächlich des US^A-Imperialismus, sowie gegen seine Lakaien im eigenen Land. Sie organisierte in Österreich eine demokratische Friedensbewegung, die sich in erster Linie gegen den Hauptkriegtreiber, den US^A-Imperialismus richtete und zu seiner Schwächung beitrug.

Sämtliche Volks- und Befreiungskämpfe, die sich vor allem in der dritten Welt heftigst entwickelten, waren unter den gegebenen Umständen nicht nur ein Kampf um Unabhängigkeit, nationale Befreiung und Revolution, sondern auch Beiträge zur Verteidigung des Weltfriedens. So vor allem der Sieg des chinesischen Volks, der Sieg des koreanischen Volks, der Sieg des kubanischen Volkes, der Kampf des vietnamesischen Volkes und andere. Diese Kämpfe und Siege und die wachsende Stärke des sozialistischen Lagers waren entscheidende Faktoren dafür, dass es mit dem US^A-Imperialismus bergab ging. Schon nach seiner Niederlage im Korea-Krieg konnte er seine Linie der bedingungslosen Aggression und Konfrontation nicht mehr aufrecht erhalten. Er wurde zur Unterzeichnung des koreanischen Waffenstillstandsabkommens gezwungen. Er war gezwungen, in seiner Politik der unmittelbaren Entfesselung eines Weltkriegs zurückzustecken und musste das Scheitern der Roll-back-Strategie gegenüber den sozialistischen Ländern erleben.

Seit dem Korea-Krieg ging es mit dem US-Imperialismus bergab und die Aussichten für die Völker aller Länder wurden immer besser.

Der Sieg der bürgerlichen Mächte in der Sowjetunion, die kapitalistische Entartung der Sowjetunion, führte jedoch zu einem Rückschlag für die Völker und zu einer weiteren einschneidenden Veränderung der Lage auf der Welt.

Es begann damit, dass Chruschtschow die Linie der internationalen Einheitsfront gegen den US-Imperialismus revidierte. Unter dem Vorwand, dass die

und Ausbeutung beruhenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen von Grund auf umzugestalten und die für eine unabhängige und selbständige Entwicklung der nationalen Wirtschaft unentbehrlichen Bedingungen zu schaffen, indem sie ihre Einheit verstärken und sich mit den von den Supermächten tyrannisierten Ländern und mit den Völkern der ganzen Welt zusammenschließen: einschliesslich des amerikanischen und des sowjetischen Volks" (Peking-Rundschau, 15/74) S 10

Es fällt auf, dass wir hier vom Zusammenschluss der Länder der dritten Welt mit den übrigen von den Supermächten tyrannisierten Ländern also mit den Ländern der zweiten Welt gesprochen wird. Also nicht nur der Völker dieser Länder allein, die aber allerdings zweifellos die Haupttriebskraft dieses Zusammenschlusses bilden. Die Möglichkeit dieses Zusammenschlusses ergibt sich heute aus der Stärke der dritten Welt, die das Kolonialsystem zerschmettert hat. Die Dritte Welt ~~existiert~~ ist heute kein Anhängsel des Imperialismus mehr. Die überwiegende Mehrzahl ihrer Länder ist politisch unabhängig. Sie erzielen grosse politische Erfolge und Fortschritte im Kampf gegen die auf Kontrolle und Ungleichheit beruhenden Wirtschaftsbeziehungen.

Die Möglichkeit des Zusammenschlusses erhebt sich jedoch auch aus den antihegemonialen Bestrebungen und Interessen der Länder der Zweiten Welt. Diese Länder unter Einschluss Österreichs haben auch wenn sie von imperialistischen Bourgeoisien geführt werden, "in verschiedenem Mass den Wunsch, die Versklavung und Kontrolle durch die Supermächte los zu werden" ("Der Kampf dieser Länder gegen die Kontrolle, Einmischung, Bedrohung, Ausbeutung und Abwälzung der Wirtschaftskrise von Seiten der Supermächte gewinnt von Tag zu Tag an Stärke. Dieser Kampf hat ebenfalls einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der internationalen Lage." (Peking-Rundschau 15/74, S 9 f)

Seit dem Ökonflikt haben sich ausgezeichnete Perspektiven für den Zusammenschluss der Länder der Zweiten und Dritten Welt gegen die Supermächtshegemonie ergeben, seit diese Länder multilaterale und bilaterale antihegemoniale politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Basis des "Dialogs" eingegangen sind, im Gegensatz zu der von den Supermächten praktizierten Politik des politischen und wirtschaftlichen Hegemonismus und der Konfrontation.

Auch Österreich hat im Zug des Ökonflikts mit bestimmten Ölländern bilaterale Beziehungen geknüpft, die den Kampf der Länder der Dritten Welt gegen den Hegemonismus förderlich waren, aber auch einen Schritt zur Verringerung der wirtschaftlichen und politischen Einmischung durch die Supermächte und im besonderen durch die USA bedeuteten.

Die Entwicklung dieser Beziehungen auf der Ebene des "Dialogs" liegt im Interesse der internationalen Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte, der gerechten nationalen Belange der Länder der Dritten Welt, aber auch im Bereich der berechtigten nationalen Interessen Österreichs. Die Marxisten-Leninisten müssen solche Beziehungen unterstützen, sie fordern, und sie gegenüber der Bourgeoisie verteidigen, falls sie wieder eine Politik der Konfrontation einschlagen möchte, die nur den Supermächten dient, so wie überhaupt jede Politik der imperialistischen Unterdrückung, die von der österr. Bourgeoisie eingeschlagen wird, bekämpft werden muss.

Es gibt Genossen, die meinen, dass so etwas nur der eigenen Bourgeoisie den Rücken stärken würde und sozialchauvinistisch sei. Diese Genossen beweisen aber damit nichts anderes, als dass sie die Aufgaben der internationalen Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte nicht verstehen können oder wollen und dass sie sich in Wirklichkeit gegen diese internationale Einheitsfront stellen.

Dieser antihegemonistische Kampf steht keineswegs im Widerspruch zum Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, und stärkt auch nicht die eigene Bourgeoisie, sondern fördert und unterstützt den Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus.

Wenn es heisst, dass in die Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte auch Länder der Zweiten Welt einbezogen werden können, so meinen die

chinesischen Genossen, dass auch durchaus bürgerliche Elemente, Schichten sowie Regierungen in diese Einheitsfront einbezogen werden können, sofern sie keine Lakaien der Supermächte sind. Ohne dass diese Elemente den Druck der Volksmassen ausgesetzt sind, wird es jedoch ihrerseits keine längerdauernde und einigermaßen beständige Haltung gegen die Supermächtshegemonie geben, weil sie ^{vor} dem Druck der Supermächte in der einen oder anderen Form immer wieder kapitulieren werden.

Die internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus und Österreich

1964 ging von Mao Tsetung der erwähnte Appell zur Bildung einer internationalen Einheitfront gegen des USA-Imperialismus und seine Lakaien aus. Heute ist es so, dass der USA-Imperialismus in westeuropäischen Ländern immer noch Truppen stationiert hat, mehr oder weniger politischen Einfluss auf diese Länder hat, sowie wirtschaftlich starke Interessen in Westeuropa zu verteidigen hat.

Andererseits ist heute der Hauptaggressor, von dem die Hauptkriegsgefahr ausgeht, der russische Sozialimperialismus.

Die Bildung einer internationalen Einheitsfront muss sich also heute gegen beide Supermächte richten.

Sie muss heute die Völker aller Kontinente erfassen, alle Länder, die am Frieden interessiert sind, alle Länder, die der Kontrolle, Bedrohung und Tyrannisierung durch die Supermächte ausgesetzt sind und zwar sowohl die Länder der Dritten als auch die Länder der Zweiten Welt umfassen.

Um unsere politischen Aufgaben im Rahmen der internationalen Einheitsfront gegen die Supermächte richtig bestimmen zu können, müssen folgende Fragen beantwortet werden:

1. Ist Österreich der Bedrohung oder Tyrannisierung durch die Hegemoniepolitik der Supermächte ausgesetzt und in welcher Weise?
2. Kann Österreich als ein Land bezeichnet werden, das an der Erhaltung des Friedens interessiert ist?
3. Wer ist die Hauptkraft der Einheitsfront gegen die Supermächte und wie breit kann diese Einheitsfront sein?

1. Es wird niemand bestreiten können, dass Österreich nicht nur heute der Bedrohung durch die Hegemoniepolitik der Supermächte ausgesetzt ist, sondern dass es schon vor dem zweiten Weltkrieg der Bedrohung durch den deutschen Imperialismus und nach 1945 der Aggression und Kontrolle durch den USA-Imperialismus und der Bedrohung durch den deutschen Militarismus ausgesetzt war.

Österreich hat mit dem Staatsvertrag die staatliche Souveränität errungen. Das war ein bedeutender Erfolg im Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der USA-Imperialismus, der seine aggressiven Ziele hinsichtlich Österreich zurückstecken musste. War es nach dem Kriegsende und auch nach dem Staatsvertrag der USA-Imperialismus und sein Lakai, der westdeutsche Militarismus vor dem in erster Linie die Bedrohung Österreichs ausging, so ist es heute der Sozialimperialismus, der im wachsenden Ausmass die grösste Gefahr für die nationale Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs darstellt (Was nicht heissen soll, dass nur er allein eine Gefahr darstellt). Das ist angesichts der allgemeinen Offensive des Sozialimperialismus eine Tatsache. Die Aggression geht heute in erster Linie vom Sozialimperialismus aus. Der USA-Imperialismus musste seine Linien verkürzen. Seine verbliebenen Hegemoniepositionen in der Welt und besonders in Europa versucht er mit aller Macht zu halten. Der Sozialimperialismus ist gegenüber Westeuropa expansiv, er will in die westeuropäischen Staat infiltrieren, mit dem Ziel, diese schliesslich einmal einzuverleiben, wie er sich heute die Länder des Ostblocks einverleibt hat.

Wenn wir daher feststellen, dass die Kriegsgefahr dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte entspringt, muss gleichzeitig betont werden, dass die Hauptgefahr der Aggression vom Sozialimperialismus ausgeht. Das müssen auch wir in Österreich berücksichtigen.

So bekommt der Sozialimperialismus durch Rohstoffexporte nach Österreich und durch die Erdgasröhren-Geschäfte einen steigenden Einfluss im wirtschaftlichen und politischen Hinsicht auf Österreich, und wird durch österreichische Kredite in seinen Aggressionsbestrebungen gefördert und gestützt.

"Generallinie der friedlichen Koexistenz" im Einklang mit den Interessen der Völker aller Länder stehen, begann Chruschtschow eine Politik der Kapitulation vor dem US-Imperialismus. Die sowjetischen Revisionisten propagierten die Idee der "Gegenseitigen Zugeständnisse", der "beiderseitigen Kompromisse" und der Notwendigkeit, "einander entgegenzukommen", versuchten, die revolutionären Kämpfe der Völker ihrer Generallinie der friedlichen Koexistenz und der "sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit zur Regelung internationaler Probleme" unterzuordnen.

Auf Grundlage der inneren Entwicklung vollzog sich die Umwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht.

Anstelle des Verrats der Interessen der Völker an den USA-Imperialismus traten nun eigene aggressive imperialistische Interessen. Seit Mitte der sechziger Jahre führte die Sowjetunion in der Nordsee und im Mittelmeer eine aggressive Flottenpolitik durch und begann ein militärisches Stützpunktsystem aufzubauen. Die Intervention in der CSSR und die Versklavung des tschechischen Volkes bewiesen der Weltöffentlichkeit zum ersten Mal deutlich, dass sich die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht umgewandelt hatte.

In raschem Tempo begannen die Sozialimperialisten selbst Aggressionen zu verüben und Kriege zu entfesseln und zu provozieren. (gegen die VR China, Pakistan, Sikkim).

Der Sozialimperialismus begann gegenüber dem US-Imperialismus im Streit um die Weltherrschaft in die Offensive zu kommen. Der Niedergang und die Schwäche des US-Imperialismus und die Offensive des Sozialimperialismus 1975 und 1976 besonders krass und deutlich geworden. Unübersehbares Zeichen dafür ist die Entfesselung des Bürgerkriegs in Angola und der brutale Völkermord in Angola, den die Sowjetunion inszenierte, um Angola unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dazu kommen der verstärkte Versuch der Infiltration in die nördlichen und südlichen Regionen Europas und im Balkan. Die Sowjetunion ist heute der Hauptkriegstreiber, die grösste Gefahr für die Entfesselung eines neuen Weltkriegs.

Früher war es notwendig, eine breite internationale Einheitsfront gegen den US-Imperialismus herzustellen. Das gilt auch heute noch. Die Befreiungskämpfe der Völker der dritten Welt waren und sind die stärkste Triebkraft dieser Einheitsfront. Aber auch in den europäischen Ländern gab es Volksbewegungen gegen den US-Imperialismus, angefangen von der Friedensbewegung in den 50-er Jahren bis zu den Bewegungen zur Unterstützung des Kampfs des vietnamesischen Volks aber auch anderer Völker gegen den US-Imperialismus. Ebenso trugen sämtliche Kämpfe der Arbeiter- und Volksmassen in den westeuropäischen Ländern wie auch in Amerika selbst zur Schwächung des US-Imperialismus bei. Die Völker haben also bereits Erfahrungen im Kampf gegen den US-Imperialismus gesammelt. Angesichts der Offensive des Sozialimperialismus, bei der es um die Weltherrschaft geht, besonders um die Oberhoheit über ganz Europa, ist es daher eine dringliche Aufgabe, auch für eine internationale Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus zu kämpfen. Von dieser Tatsache muss heute jeder Marxist-Leninist ausgehen.

Die Frage der Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und die internationale Stellung Österreichs.

Betrachtet man die heutigen internationalen Beziehungen, so ergibt sich eine Teilung der Welt in drei Welten. "Die USA und die Sowjetunion bilden die erste Welt, die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika bilden die dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die zweite Welt." (Peking-Rundschau 15/1974, S. 8)

Wodurch sind diese drei Welten charakterisiert?

"Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion trachten nach einer Vorherrschaft über den Erdball. Sie versuchen, jede auf ihre Weise die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unter ihre Kontrolle zu bringen, und zugleich die entwickelten Länder, die ihnen machtmässig nicht gewachsen sind, zu tyrannisieren. Die beiden Supermächte sind die grössten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker unserer Zeit. Sie sind die Quelle eines neuen Weltkriegs."

"Bei den entwickelten Ländern zwischen den Supermächten und den Entwicklungsländern liegen die Dinge kompliziert. Einige von ihnen unterhalten zu den Ländern der

dritten Welt heute noch kolonialistische Beziehungen in verschiedener Form, und ein Land wie Portugal übt sogar weiterhin eine barbarische Kolonialherrschaft aus. Diesem Zustand muss ein Ende gesetzt werden. Gleichzeitig unterstehen all diese entwickelten Länder selbst in verschiedenem Masse der Kontrolle, Bedrohung oder Tyranisierung durch die eine oder die andere Supermacht. Gewisse dieser Länder werden unter dem Vorwand einer sogenannten "Völkergemeinschaft" von einer Supermacht in Tat und Wahrheit zu Vasallenstaaten gemacht. Diese Länder haben in verschiedenem Masse den Wunsch, die Versklavung oder Kontrolle durch die Supermächte loszuwerden und die staatliche Unabhängigkeit und die Integrität ihrer Souveränität zu schützen."

"Die Entwicklungsländer litten lange Zeit unter der Unterdrückung und Ausbeutung durch Kolonialismus und Imperialismus. Nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit sehen sich alle der historischen Aufgabe gegenüber, die noch verbleibenden Kräfte des Kolonialismus und die nationale Unabhängigkeit zu festigen. Sie umfassen weite Gebiete der Erde, sie haben eine grosse Bevölkerung und reiche Ressourcen. Sie werden am stärksten unterdrückt und haben den stärksten Wunsch, gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Sie haben im Kampf für die nationale Befreiung und staatliche Unabhängigkeit eine gewaltige Kraft gezeigt und immer wieder glänzende Siege errungen. Sie sind die revolutionäre Triebkraft, die das Rad der Weltgeschichte vorwärtsdreht." (Peking-Rundschau 15/1974, S. 9)

Ausgehend von dieser Analyse muss die Frage gestellt werden: welche Kräfte können im Weltmassstab in einer internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus und Imperialismus und Hegemonismus zusammengeschlossen werden, um den Sieg der Weltrevolution zu erreichen?

Wer ist die Hauptkraft, wer die führende Kraft dieser Einheitsfront?

Welche Aufgaben stehen vor der österr. Arbeiterklasse, um diese Einheitsfront herzustellen und zu stärken?

Was den weltweiten Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus betrifft, so stellen die Völker und Länder der dritten Welt die Hauptkraft dar, die diesen Kampf führen.

Dieser Kampf richtet sich vor allem gegen die beiden Supermächte, aber auch gegen andere imperialistische Länder der zweiten Welt, die die Entwicklungsländer ausbeuten und unterdrücken. Die Völker und Länder der dritten Welt müssen sich mit der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder verbünden, um gemeinsam auf ihre Weise die kolonialistische und imperialistische Politik der imperialistischen Bourgeoisien zu bekämpfen.

Dabei muss die Arbeiterklasse in den Ländern der ersten und zweiten Welt die gegen Imperialismus und Kolonialismus gerichteten Forderungen und Massnahmen der Völker der dritten Welt unterstützen. Sie muss jede imperialistische Politik den Ländern der dritten Welt gegenüber verurteilen und bekämpfen, besonders die imperialistische Politik ihrer eigenen Bourgeoisie.

Die Arbeiterklasse in den Ländern der ersten und zweiten Welt muss für den Sturz der eigenen imperialistischen Bourgeoisie und für die Errichtung des Sozialismus kämpfen, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der dritten Welt abzuschaffen.

Alle diese Kämpfe sind Beiträge zur Schmiedung der Einheitsfront gegen Kolonialismus und Imperialismus und dienen der Weltrevolution.

In all diesen Kämpfen muss die Arbeiterklasse die Führung einnehmen, um sie konsequent bis zum Ende zu führen.

Was die internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte betrifft, so ergibt sich angesichts der Teilung der Welt in drei Welten folgende Perspektive: "Zahlreiche Tatsachen bestätigen, dass es keinen Grund dafür gibt, die beiden Despoten zu überschätzen und die Kraft der Völker zu unterschätzen. Nicht eine oder die zwei Supermächte sind wirklich mächtig. Wirklich mächtig sind die Dritte Welt und die Völker aller Länder, die sich zusammenschliessen und wagen, zu kämpfen und zu siegen. Die Länder und Völker der Dritten Welt waren fähig, durch einen langen Kampf ihre politische Unabhängigkeit zu erlangen, und so werden sie auf dieser Grundlage sicher auch fähig sein, durch konsequenten Kampf die auf Ungleichheit, Kontrolle und

Gleichzeitig hat auch der US-Imperialismus durch die internationale Energie-Agentur wieder mehr Einfluss auf die Ölversorgung Österreichs bekommen.

Beides muss bekämpft werden. Besonders wichtig ist es jedoch, die Einflussnahme des Sozialimperialismus und die Schaffung von Vorteilen für den Sozialimperialismus durch die österr. Regierung zu bekämpfen.

Gegen die Energie-Agentur müssen wir ebenfalls sein. Was den Aspekt eines Kriegsfalls in Europa betrifft, weil eine Abhängigkeit vom US-Imperialismus und eine Bindung an die Strategie des US-Imperialismus die Verteidigung und Sicherheit des Landes nicht verstärkt, sondern sie an die imperialistischen Interessen der USA knüpft und damit aus der Hand gibt und schwächt. Der USA-Imperialismus kann und wird das österr. Volk nicht verteidigen, wie es die bürgerlichen Politiker hoffen. Der USA-Imperialismus verteidigt nicht die europäischen Völker vor einem Angriff des Sozialimperialismus sondern er verteidigt seine eigenen wirtschaftlichen Interessen und seinen Einfluss auf die europäischen Staaten. Für seine Hegemonieinteressen wird er sich auch nicht scheuen, sein atomares Potential in Europa einzusetzen, wie er es auch schon einmal vor dem Ende des zweiten Weltkriegs in Japan getan hat.

2. Niemand wird in Frage stellen, dass Österreich ein imperialistisches Land ist. Das österreichische Monopolkapital beutet die Völker anderer Länder aus, beutet Ressourcen von Ländern der Dritten Welt aus, und ist an der Abhängigkeit der Dritten Welt vom Imperialismus interessiert.

Aber obwohl Österreich ein imperialistisches Land ist, ist es zugleich ein schwaches und kleines Land. Es hat keinerlei Kolonial- oder Neokolonialbesitz, und wäre auch nicht in der Lage, einen solchen zu halten oder zu verteidigen. Von seiner geschichtlichen Entwicklung her, ist es nach dem ersten Weltkrieg stets von anderen Imperialisten bedroht und versklavt worden, als dass es in der Lage gewesen wäre, andere Staaten zu bedrohen oder zu versklaven.

Die österr. Bourgeoisie hat in der ersten Republik versucht, durch Anschluss an die eine oder andere Bourgeoisie ihre imperialistischen Interessen zu realisieren, und die "Lebensunfähigkeit" des eigenen Imperialismus zu überwinden.

Die nach dem Staatsvertrag allmählich entwickelte Neutralitätspolitik der österr. Bourgeoisie ging davon aus, dass es am besten für die eigenen Klasseninteressen sei, möglichst ausserhalb jedes Konflikts zu bleiben und sich nicht nur an eine imperialistische Grossmacht anzulehnen. So lehnte man sich an die amerikanische Politik an, aber nicht nur. So gab und gibt es auch Anlehnungen an die sowjetische Politik, an die EWG-Staaten und seit Beginn der 70-er Jahre eine durch die sozialdemokratische Regierung begonnene Politik der Verständigung mit den Blockfreien, und der besseren Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt.

Dieser Politik des laviereus, der guten Beziehungen nach allen Seiten hin, des Sich-Heraushaltens aus Konflikten liegt ein Interesse an der Erhaltung des Status quo zugrunde. Die österr. Bourgeoisie ist von ihren eigenen Klasseninteressen her an der Erhaltung des Friedens interessiert und ^{kann} besonders durch den jetzt drohenden Krieg um die Hegemonie in Europa nur verlieren, sie hat nichts zu gewinnen. Die österr. Bourgeoisie hat ~~den~~ Grund, den Frieden schützen zu wollen, weil sie im Kriegsfall einen Angriff auf ihre heutigen Machtpositionen befürchten muss.

Die Tatsache, dass die österr. Bourgeoisie an der Erhaltung des Friedens interessiert ist, darf nicht verwechselt werden mit der Frage, ob die Politik der österr. Bourgeoisie der Erhaltung des Friedens diene, was in mehreren Fällen (z. B. KSZE-Konf. usw.) nicht der Fall ist. Z. Beispiel ist es heute schon so, dass die österr. Bourgeoisie aus eigennützigen Klasseninteressen heraus dem Sozialimperialismus Vorteile verschafft, die den Frieden nicht sichern helfen. (Geschäfte mit der SU).

Dass die österr. Bourgeoisie am Status quo und an der Erhaltung des Friedens interessiert ist, muss deshalb ausdrücklich erwähnt werden, weil in bestimmten Publikationen und Schriften der KB's Österreich als mehr oder weniger grosser Kriegstreiber bezeichnet wird. Wurde z. B. in der Novembernummer des Klassenkampfes (Wien) die später wieder zurückgenommene Behauptung aufgestellt, dass Österreich um keinen Deut friedlicher als die Supermächte sei, so wird in einer der nächsten Nummern davon gesprochen, dass die militärische Schwäche Österreich nicht zu einem Friedensengel gemacht hat. Im FB-Entwurf des KB Graz wird festgestellt, dass Österreich ein immer stärkeres Interesse habe, bei der Neuaufteilung der Welt seine Interessen -

anzumelden und mit Hilfe anderer Länder durchzusetzen. Offen oder in abgeschwächter Form wird hier Österreich als Aggressor bezeichnet, der auf einen imperialistischen Krieg hoffen und an ihm ein Interesse haben könnte. Solche Äusserungen sind nur dazu angetan, den Unterschied zu den Supermächten zu verwischen, die als einzige wirklich eine Politik betreiben, die zu einem Weltkrieg führt und die als einzige wirklich einen Krieg entfesseln können. Wird aber dieser Unterschied verwischt, so wird der Blick völlig verstellt, wo der wirkliche Aggressor ist, und kann der wirkliche Aggressor nicht mehr bekämpft und isoliert werden.

Aus allem geht hervor

Wenn wir heute feststellen, dass Österreich an der Erhaltung des Friedens ein Interesse hat, so wollen wir nicht Illusionen in die eigene Bourgeoisie wecken, sondern kommen zu dem Schluss, dass die gesamte Bevölkerung Österreichs unter Einschluss seiner Regierung, sich am Kampf der Erhaltung des Friedens beteiligen kann. Das bedeutet, dass wir als Kommunisten sämtliche Massnahmen unterstützen, die sich der Aggression, Einnischung und Kontrolle seitens der Supermächte, und im Besonderen seitens des Sozialimperialismus widersetzen und dass wir die Regierung auffordern und zwingen müssen, für solche Massnahmen im Interesse der Unabhängigkeit Österreichs und der Isolierung der Kriegstreiber einzutreten.

3. Es ist heute durchaus möglich, dass die Einheitsfront gegen die Supermächte das ganze österr. Volk umfasst, und dass sogar die objektive Möglichkeit besteht, die Regierung in diese Front einzubeziehen, was jedoch unter Berücksichtigung der traditionell nationalverräterischen und lakaienhaften Rolle unserer Bourgeoisie gesehen werden muss.

Die stärkste Kraft in dieser Einheitsfront können nur die Arbeiter sein. Aber die Arbeiterklasse kann diese Kraft nur werden, wenn es die Kommunisten verstehen eine richtige, der Einheitsfront gegen die Supermächte gemässe Politik zu entfalten. Diese Politik umfasst im wesentlichen die Frage des Kampfs gegen jede Form der Abhängigkeit Österreichs von den Supermächten. Sie umfasst das Gebiet der Verteidigung der nationalen Freiheit und staatlichen Souveränität Österreichs. Sie umfasst das Gebiet des Kampfs gegen die Supermächte und besonders gegen den Sozialimperialismus zur Erhaltung des Friedens z. den Kampf zur Herstellung einer breiten Front gegen die Kriegstreiber und zur Isolierung der Kriegstreiber und auch den Kampf zur Herstellung antihegemonialer Bündnisse und Abkommen der bedrohten Staaten.

In dieser Hinsicht besteht unserer Aufgabe nicht nur auf dem Gebiet der engen Propagandatätigkeit wirksam zu werden, sondern auf dem Gebiet der Massenpolitik. Darf unsere Tätigkeit nicht darauf hinauslaufen die Arbeiterklasse nur von der Gesetzmässigkeit und Unvermeidlichkeit eines neuen imperialistischen Weltkriegs zu überzeugen, sondern die Massen auf die Möglichkeit eines Kriegs vorzubereiten sie aber gleichzeitig zum Kampf zur Hinauszögerung und Verinderung eines solchen Krieges aufzurufen.

Dabei müssen nicht nur die Arbeiter gewonnen werden, sondern die breitesten Massen der Werktätigen in Stadt und Land.

Hier eine der konkreten Situation entsprechende Taktik zu entwickeln ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten

DER KAMPF UM DEN SOZIALISMUS IN ÖSTERREICH MUSS AUS DER PERSPEKTIVE DES WELTREVOLUTIONÄREN PROZESSES Gesehen werden

Es gibt Genossen, die den Kampf um den Sozialismus in Österreich nur als Kampf und Sturz der eigenen Bourgeoisie betrachten. Für die der Kampf um die Einheitsfront gegen die Supermächte nur eine abstrakte, untergeordnete Bedeutung hat. Die den Klassenkampf gegen die eigenen Bourgeoisie nicht in den internat. Klassenkampf und die Strategie der österr. Revolution (die Strategie zum Sturz der eigenen Bourg.) nicht in die Strategie der Weltrevolution einordnen wollen.

Diese Genossen sehen nur den Widerspruch zwischen dem österr. Volk und der österr. Bourgeoisie, sie sehen nicht den Widerspruch zwischen dem österr. Volk und den Supermächten bzw. unterschätzen ihn. Man sieht den Widerspruch zwischen den Supermächten einseitig nur als indirekte Reserve für die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen österr. Bourgeoisie und Proletariat.

Das alles führt dazu, dass der Kampf um den Sozialismus in Österreich, der

Generallinie der Weltrevolution, den Kampf um eine Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus entgegengestellt wird, oder dass die General-
linie entstellt und völlig einseitig aufgefasst wird.

Es ist bereits gesagt worden, dass Österreich nicht ausserhalb der internat. Einheits-
front gegen den Hegemonismus bleiben muss, sondern in sie einbezogen werden kann.
D. h. auch, dass es möglich ist, wenn es das Interesse der Arbeiterklasse und des
ganzen Landes erfordert in einer ganz bestimmten Situation ein Bündnis mit der
Bourgeoisie einzugehen. Dabei muss der Hinweis Lenins berücksichtigt werden:

"Einem mächtigeren Gegner kann man nur unter grösster Anspannung der Kräfte
besiegen und wenn man unbedingt, aufsorgfältigste, sorgsamste, vorsichtigste, und
geschickteste einen jeden, auch den kleinsten Riss zwischen den Feinden, einen jeden
Interessensgegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Ländern, zwischen
den verschiedenen Gruppen oder Strömungen der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen
Länder sowie jede, auch die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten zu
gewinnen, mag es auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger,
bedingter "Verbündeter sein. Wer dies nicht begriffen hat, der hat auch keinen Deut
vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen zivilisierten Sozialismus über-
haupt begriffen." (Lenin, Bd. 25, S. 257) Das heisst aber nicht, dass die Arbeiter-
klasse eine Politik des Burgfriedens mit der Bourgeoisie betreiben muss oder sollte.
Wer gegen die revolutionären Kämpfe der österr. Arbeiterklasse ist, und nicht mehr
den sturz der Bourgeoisie anstrebt, verrät nicht nur die Interessen der österr. Ar-
beiterklasse, sondern übt auch Sabotage an der Einheitsfront gegen die Supermächte
und an der Isolierung der Kriegstreiber. Wenn das österr. Volk die Bourgeoisie stürzt
und die Revolution durchführt, so stärkt das die Kräfte des Friedens und schwächt
den Imperialismus und die imperialistischen Kriegstreiber. Gleichzeitig kann man
Auffassungen nicht akzeptieren, die davon ausgehen, in unserem Land entspräche nur
eine Politik zum sturz der eigenen Bourgeoisie der Generallinie, die aber die
Schaffung einer breiten Einheitsfront gegen die Supermächte ablehnen.

Solche Leute fühlen sich besonders prinzipienfest, beweisen damit aber nur, dass sie
die Aufgaben nicht erfassen, welche durch die Notwendigkeit einer internat. Einheits-
front gegen Imperialismus, Kolonialismus und die Hegemoniepolitik der Supermächte
gestellt werden.

Begründet wird dieser Standpunkt in der Regel damit, dass eine Strategie der Revolu-
tion in Österreich nur anhand einer Analyse des grundlegenden Widerspruchs in
Österreich herausgefunden werden kann. Nachdem Österreich ein kapitalistisches
und imperialistisches Land ist und die österr. Bourgeoisie die Staatsmacht innehat,
ist der grundlegende Widerspruch der zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Um ihn
zu lösen, ist es notwendig, die proletarische Revolution durchzuführen.

Um eine Strategie und Taktik zu entwerfen genügt es jedoch nicht, den grundlegenden
Widerspruch in unserem Land zu kennen. Dazu muss man die allgemeine Lage auf
der Welt kennen und unter Berücksichtigung sämtlicher wichtiger Widersprüche und
der Entwicklung der Brennpunkte dieser Widersprüche den jeweils für die Strategie
und Politik der Arbeiterklasse massgeblichsten Widerspruch, den Hauptwiderspruch
herauszufinden.

So ist es zwar zweifellos richtig, dass eine Analyse der Situation ergibt, dass heute
die österreichische Arbeiterklasse und die österreichische Bourgeoisie als gegen-
sätzliche Kräfte den Hauptwiderspruch bilden, da die österreichische Monopolbourgeoisie
sie die herrschende Klasse ist und keine andere Macht die militärische, politische,
oder wirtschaftliche Kontrolle in Österreich ausübt. Es ist aber einseitig und führt zu
Fehlern, wenn man für die Zukunft nur diese Tatsachen sieht.

Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, dass dieser Hauptwiderspruch nur dann än-
dern kann, wenn die österreichische Bourgeoisie nicht mehr die Kommandostellen in
Politik und Wirtschaft innehat und sie durch die Herrschaft einer ausländischen,
imperialistischen Bourgeoisie bereits ersetzt worden ist.

1937 schrieb Mao Tse Tung, als er die Entwicklung der Widersprüche in einem halb-
kolonialen Land untersuchte: "Im Fall eines Aggressionskrieges der Imperialisten
gegen ein solches Land können sich seine verschiedenen Klassen - mit Ausnahme
einer Handvoll Verräter an der Nation - zeitweilig zu einem nationalen Krieg gegen
den Imperialismus zusammenschliessen. Dann wird der Widerspruch zwischen dem
imperialismus und dem betreffenden Land zum Hauptwiderspruch, während alle
Widersprüche zwischen den betreffenden Klassen innerhalb dieses Landes (einschliesz-

lich des Hauptwiderspruchs unter ihnen, nämlich des Widerspruchs zwischen dem Feudalsystem und den Volksmassen) vorübergehend auf den zweiten Platz verwiesen sind und eine untergeordnete Stellung einnehmen. (Über den Widerspruch).

Der zweite Weltkrieg hat es jedoch zu einer praktischen Erfahrung der Arbeiterbewegung gebracht, dass auch entwickelte imperialistische Industrieländer in Europa von hitlerfascistischem Überfall und Versklavt wurden.

Dass nach dem 2. Weltkrieg die USA eine ganze Reihe entwickelter kapitalistischer und imperialistischer Länder Europas unter ihre Kontrolle zu bringen versuchte. Heute besteht angesichts des Hegemoniestrebens der Supermächte in dieser Hinsicht für die Länder Europas eine wachsende Gefahr.

In Anbetracht der Erfahrungen und angesichts künftiger möglicher Entwicklungen kann der Widerspruch zwischen einem imperialistischen Aggressor und den gesamten Massen der österreichischen Bevölkerung - mit Ausnahme der Verräter an der Nation - zum Hauptwiderspruch werden während die Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen innerhalb Österreichs - einschliesslich des Hauptwiderspruchs zwischen Monopolbourgeoisie und Proletariat - vorübergehend eine untergeordnete Stellung einnehmen. Es kann auch zu einem Zeitpunkt der Fall sein, wo die österreichische Bourgeoisie noch die Kommandostellen in Politik und Wirtschaft innehat, aber die Unabhängigkeit des Landes durch einen imperialistischen Aggressor unmittelbar bedroht ist, dazu bedarf es einer konkreten Analyse der konkreten Situation. Die Reichskonferenz der KP im August 80 ging z. B. davon aus, dass angesichts der akuten Bedrohung Österreichs durch den deutschen Faschismus, in erster Linie der Kampf gegen den deutschen Faschismus um die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs geführt werden und der Kampf gegen die austrofaschistische Bourgeoisie dem untergeordnet werden müsse.

Diese Verschiebung des Hauptwiderspruchs dauert an, solange die ausserordentliche und akute oder die Kontrolle des Landes durch einen imperialistischen Aggressor das Hauptproblem der Politik bleibt.

Heute kann die Lage noch nicht so eingeschätzt werden, dass ein Weltkrieg und eine Aggression auf Österreich durch eine imperialistische Macht unmittelbar bevorsteht und der Widerspruch zwischen den verschiedenen Klassen des eigenen Landes vorübergehend an die 2. Stelle gerückt wäre. Aber es muss dennoch mit der zunehmenden Möglichkeit einer Aggression gerechnet werden und wir müssen heute schon beginnen das österreichische Volk darauf vorzubereiten durch die Entfaltung einer Klassenpolitik für die Erhaltung des Friedens, der Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs und der Isolierung der Kriegstreiber.

Aber auch wenn sich in Österreich revolutionäre Massenkämpfe entfalten, die Monopolbourgeoisie und deren Staatsapparat angegriffen wird, und deren Sturz das Hauptproblem der Politik ausmacht, noch bevor ein Weltkrieg ausbricht, muss mit einem Eingriff der einen oder anderen Supermacht oder beider, des Einsatzes ihrer Agenten und fünften Kolonnen, der Intervention anderer imperialistischer Länder, und damit mit der direkten und indirekten Unterstützung der Konterrevolution durch den ausländischen Imperialismus gerechnet werden.

Auch dann wird es also der Kampf des österreichischen Volkes in der einen oder anderen Form gegen die Supermächte werden müssen.

Kann folglich der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs der Kampf um die sozialistische Revolution entgegengestellt werden, nur das eine angestrebt, das andere jedoch geringes Mittel behandelt werden?

Klar ist, dass der Kampf um die Verteidigung der Unabhängigkeit, Souveränität und nationalen Freiheit Österreichs den Kampf um den Sozialismus nicht ersetzt. Dass mit dem Zurücktreten des Widerspruchs zwischen einem imperialistischen Aggressor und den verschiedenen Massen unseres Landes gleichzeitig noch nicht der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie selbst ist.

Aber wenn wir es betreiben, den Kampf zur Verteidigung der Unabhängigkeit, zur Erhaltung des Friedens und zur Isolierung der Kriegstreiber richtig zu führen, kann uns das nur helfen der sozialistischen Revolution näher zu kommen.

Möglicherweise ergibt sich aus diesen Kämpfen eine der Übergangsformen zur proletarischen Revolution, eine Möglichkeit des Herrschens durch die proletarische Revolution, so wie der Befreiungskampf gegen die faschistische Besatzung in Ländern wie der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Albanien eine solche Übergangsform war.

Je grösser das Gewicht der selbständigen Politik der Arbeiterklasse in einem solchen Kampf um Unabhängigkeit ist, umso besser sind auch die Aussichten für den Kampf um die sozialistische Revolution.

Wer das leugnet und den Kampf gegen die Supermächte, für die Erhaltung der Unabhängigkeit als konterrevolutionär und sozialchauvinistisch bezeichnet, der steht nicht auf dem Boden des Marxismus.

Ebensowenig geht jemand vom Marxismus aus, der behauptet, dass die Einbeziehung auch der österreichischen Bourgeoisie in die Einheitsfront gegen die Supermächte unmöglich ist, so gering deren Gewicht auch sein mag, wenn man zugleich für den Sturz der Monopolbourgeoisie und den Sozialismus kämpft.

Im Gegenteil: Diejenige Politik zu unterstützen, die der Einheitsfront gegen die Supermächte förderlich ist, und die Bourgeoisie zu entsprechenden Schritten zu zwingen; gleichzeitig aber am Kampf um den Sozialismus festzuhalten ist die einzig richtige marxistisch-leninistische Politik.

Das kann man aber nicht begreifen, wenn man bei der Festlegung der Strategie und Politik allein den grundlegenden Widerspruch der österreichischen Klassengesellschaft, den zwischen Bourgeoisie und Proletariat berücksichtigt, nicht aber von der gesamten Lage in der Welt und ihrer Entwicklung ausgeht; wenn man nicht die Strategie der Revolution in Österreich auf der Grundlage der Generallinie des internationalen Klassenkampfes, der Strategie der Weltrevolution ausarbeitet.

Um sich mit den Positionen und Stellungnahmen der chinesischen KP und der chines. Regierung, die ja in der Peking-Rundschau hinlänglich dokumentiert ist, und die sich von der Notwendigkeit des weltweiten Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus leiten lassen, nicht genauer auseinandersetzen zu müssen, meinen manche Genossen, die chinesische Außenpolitik und Diplomatie sei eine Sache und unsere Aufgaben eine völlig andere.

Es ist zwar richtig, dass die Kommunisten in den verschiedenen Ländern den Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie selbst führen müssen, und ihnen diese Aufgabe von niemandem abgenommen werden kann. Dass, wenn eine Partei wie die KPCh, die sich an der Macht befindet, mit Regierungen bestimmter kapitalistischer Länder Kompromisse schliesst, und ihren Vertretern die Hände schüttelt, die Kommunisten dieser Länder deshalb den Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie nicht einzustellen brauchen.

Aber es ist für die Kommunisten sämtlicher Länder ebenso verpflichtend, von der revolutionären Linie der Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus auszugehen und diese nicht zu entstellen und zu liquidieren unter dem Vorwand, wir hier in Österreich hätten andere Aufgaben.

Das wird gemacht, indem die Stellungnahmen der chines. Genossen und der chines. Regierung für die Verteidigung der Souveränität Österreichs und für die Landesverteidigung gegenüber dem Zugriff der hegemonistischen Mächte, als Sache der chines. Außenpolitik abtut, während die Marxisten-Leninisten hier in Österreich jederzeit erklären könnten, dass Österreich, falls es in einem Krieg angegriffen wird, einen imperialistischen, also ungerechten Krieg führen wird.

Jeder Marxist-Leninist sollte sich fragen, ob hier nicht eine völlig andere Linie ausgearbeitet wird und ob er hier wohl am selben Strang zieht wie die chinesischen Genossen.

DIE FRAGE DER KRIEGSGEFÄHR UND DES KAMPFES UM DIE UNABHÄNGIGKEIT

In unseren Reihen herrscht derzeit die Ansicht, dass der Kampf um die Unabhängigkeit und die staatliche Souveränität Österreichs, die Mobilisierung des Volkes zur Verteidigung der Unabhängigkeit und der Vorbereitung auf eine Aggression auf Österreich als Sozialchauvinismus sei. Dass die Verteidigung der Souveränität Österreichs nicht ausgedehnt werden darf auf einen Kriegsfall.

Die Genossen berufen sich dabei auf Lenin, der die Vaterlandsverteidiger in den imperialistischen kriegsführenden Staaten während des ersten Weltkrieges als Sozialchauvinisten und Sozialimperialisten brandmarkte.

Diese Genossen machen jedoch keine konkrete Analyse, sie vergleichen die damalige

die damalige Situation mit der heutigen unzulässig.

Als Lenin die Taktik der Niederlage der eigenen Bourgeoisie und der Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg entwickelte, hatte er den damaligen imperialistischen Krieg vor Augen. Worum ging es dabei?

In seiner Schrift "Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den imperialistischen Ökonomismus" schreibt er dazu: "Worum wird dieser Krieg geführt? Das wird in unserer Resolution gesagt (sie geht von der Politik der kriegführenden Mächte aus, wie sie von diesen seit Jahrzehnten vor dem Krieg betrieben wurde). England, Frankreich und Russland führen den Krieg, um die zusammengeraubten Kolonien zu behalten, die Türkei auszuplündern usw. Deutschland führt den Krieg, um anderen Ländern Kolonien zu entreißen, um selber die Türkei auszuplündern usw. Nehmen wir an, die Deutschen besetzten Paris und Petersburg. Ändert sich dadurch der Charakter dieses Krieges? Nicht im mindesten. Das Ziel der Deutschen - und was noch wichtiger ist, die im Fall eines Sieges der Deutschen verwirklichte Politik - würde dann die Wegnahme der Kolonien, die Beherrschung der Türkei, die Fortnahme fremdnationaler Gebiete z. B. Polens sein, aber keineswegs die Errichtung einer Fremdherrschaft über die Franzosen oder die Russen. Seinem wahren Wesen nach ist dieser Krieg kein nationaler, sondern ein imperialistischer Krieg. Mit anderen Worten: Der Krieg wird nicht geführt, weil sich eine Seite von der nationalen Unterdrückung befreien, die andere sie hingegen aufrechterhalten will. Dieser Krieg ist ein Krieg zwischen zwei Gruppen von Unterdrückten, zwischen zwei Räubern, und wird darum geführt, wie die Beute geteilt werden soll: wer die Türkei und die Kolonien ausplündern soll." (Werke, Bd. 23, S. 24)

Gleichzeitig warnte Lenin vor ungültigen Verallgemeinerungen, davor, dass jemand die "Ablehnung der Vaterlandsverteidigung in eine Schablone verwandeln will, dass er sie nicht aus der konkreten historischen Besonderheit des gegebenen Krieges, sondern ganz allgemein ableitet. Das ist kein Marxismus." (Bd. 23, S. 7)

Sämtliche Staaten der beiden Kriegskoalitionen führten einen imperialistischen Krieg, waren "Angreifer" in dem Bestreben, dem anderen die Kolonien zu rauben. Sogar die Bourgeoisien der kleineren Länder Europas wurden unter diesen Umständen zu Teilnehmern am Streit um die Kolonien.

Am 7. Weltkongress 1925, am Vorabend des zweiten Weltkrieges, wird angesichts der konkreten Lage von Hauptaggressoren, von bestimmten "Angreifern", dem faschistischen Deutschland, Italien und Japan gesprochen.

1938 charakterisierte G. Dimitroff den kommenden Krieg folgendermaßen:

"Es geht um die Neuverteilung der Welt. Es geht nicht nur um die neue Verteilung der bestehenden kolonialen Herrschaftsgebiete. Der Faschismus stellt die Frage der Neuverteilung Europas selbst, der Kolonisierung einer Reihe europäischer Staaten und der imperialistischen Versklavung einer Reihe europäischer Völker auf die Tagesordnung." (G. Dimitroff, Einheitsfront des internationalen Proletariats und der Völker gegen Faschismus)

Als es nicht nur eine Neuverteilung der Kolonien, sondern Neuverteilung und Versklavung Europas!

(1936)

Dimitroff legte Wert darauf zu betonen, dass es neben bestimmten faschistischen "Angreifern" diesmal neben der Sowjetunion, dem stärksten Bollwerk des Friedens auch kapitalistische Staaten gibt, "die im gegenwärtigen Augenblick an der Erhaltung des Friedens interessiert sind" und ausserdem eine "Reihe von Ländern, denen die unmittelbare Gefahr eines Überfalls faschistischer Angreifer, sowie des Verlustes ihrer staatlichen und nationalen Unabhängigkeit droht." (Die Einheitsfront des Kampfes für den Frieden)

Und er bezeichnet jene Leute als "linke" Phrasendrescher "in der Pose unversöhnlicher Revolutionäre", die behaupten, alle Regierungen wären Angreifer und sich dabei auf Lenin beriefen. "Nur Leute, die bestrebt sind, die wirklichen Angreifer zu decken, können die Tatsachen so entstellen", sagte Dimitroff. (derselbe Artikel)

Es ist klar, dass angesichts dieser Lage einer Anzahl von Ländern, denen die Gefahr eines faschistischen Überfalls drohte, sagen konnten "Man greift uns an, wir verteidigen uns", ohne dabei Sozialchauvinisten zu sein - wie diejenigen Leute das waren, die das im Krieg 1914 - 18 taten - ja sogar sagen mussten, wenn sie angesichts des imperialistischen Überfalls Patrioten sein wollten, und an die Spitze des Kampfes um

+ die Arbeiter einer Anzahl von Ländern

nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität treten wollten

Am 7. Weltkongress wird im Bericht Togliattis dazu folgendes gesagt:

"In den Thesen des 6. Weltkongresses wird gesagt, dass die Teilnahme am nationalen Verteidigungskrieg und seine Unterstützung bedeuten, dass das Proletariat durch Unterstützung eines solchen Krieges zur vorübergehenden Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie übergeht. Aber diese vorübergehende Zusammenarbeit darf niemals zu einem Verzicht des Klassenkampfes führen, d. h. kann und darf niemals reformistische Zusammenarbeit sein. Es ist umso notwendiger dies zu betonen, als wir wissen, dass die Bourgeoisie auch wenn sie in einem bestimmten Augenblick sogar gezwungen ist, die Waffen für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit zu ergreifen, jederzeit bereit ist, in das Lager des Gegeners hinüberzuwechseln, angesichts der Gefahr der Umwandlung des Krieges in einen Volkskrieg und angesichts der Erhebung der Arbeiter und Bauernmassen, die die Verwirklichung ihrer Klassenforderungen verlangen. Daraus folgt, dass, indem wir zur Verteidigung der nationalen Freiheit der kleinen Länder schreiten, denen ein imperialistischer Angriff droht, wir alles das verteidigen werden, was im nationalen Fühlen der kleinen Völker fortschrittlich ist, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen; doch wir lehnen es entschieden ab, die reaktionäre Politik der Bourgeoisie in Schutz zu nehmen. Eine andere Politik der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der kleinen Völker ist unmöglich. In Europa bestehen solche kleinen Völker wie Holland, Belgien, deren nationale Unabhängigkeit durch einen Eroberungs- und Interventionskrieg des deutschen Nationalsozialismus offensichtlich bedroht ist. Gleichzeitig unterdrückt die Bourgeoisie dieser Länder ein ausgedehntes Kolonialreich. Es kann keinerlei Zweifel unterliegen, dass wir in diesen Ländern unsere Politik der Verteidigung der nationalen Freiheit niemals vom wirklichen Kampf für die Befreiung der unterdrückten und ausgebeuteten Kolonialvölker trennen dürfen. Ein Volk, das frei sein will, darf nicht andere Völker versklaven. Diesen Worten Marx folgend, haben wir durch unseren rückhaltlosen Kampf für die umfassende Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker in allen Ländern gezeigt, dass die Arbeiterklasse die einzig fortschrittliche Kraft ist, auf die sich eine Politik des aktiven Widerstandes gegen die faschistische Tyrannei, die allen Völkern droht, stützen kann." (Protokolle, Bd. 2 S. 922)

Bekanntlich ist der zweite Weltkrieg als imperialistischer Krieg zwischen England und Frankreich sowie Hitlerdeutschland entstanden, ehe im Zug eines Angriffs auf die Sowjetunion eine internationale Einheitsfront der Demokratie gegen den Faschismus entstand.

Allerdings beinhaltet der zweite Weltkrieg von Anfang an ein demokratisches, nationales Element, das allerdings anfänglich noch schwach entwickelt war.

Die Verteidigung Österreichs durch das Bundesheer oder durch bewaffnete patriotische Kräften waren von Anfang an ein gerechter Krieg für Freiheit und Unabhängigkeit gewesen.

Ebenso eine Verteidigung der Tschechoslowakei.

Ebenso war der Volkskampf gegen die faschistischen Eroberer in Polen ein gerechter Krieg, obwohl infolge der vorhergegangenen Politik der polnischen Regierung Hitler kein wirksamer Widerstand entgegengesetzt werden konnte.

So war der Kampf in allen Ländern, die Hitler überfiel, bevor er Frankreich und England selbst überfiel, ein gerechter Kampf um Unabhängigkeit und nationale Freiheit.

Das imperialistische und nationale Element eines Kriegs um Europa

Wenn man von der Analyse der heutigen internationalen Beziehungen ausgeht, so kommt man zu dem Schluss, dass sich bei Ausbruch eines Kriegs um die Weltherrschaft und um Europa, die Perspektive sowohl eines imperialistischen als auch eines nationalen, antiimperialistischen, antihegemonialen Elements dieses Krieges ergibt.

Heute geht es offensichtlich nicht mehr um die Neuverteilung der Kolonien, denn das Kolonialsystem ist bereits zusammengebrochen. Heute geht es um die Hegemonie über die Länder der dritten Welt, wobei es hauptsächlich die Supermächte sind, die diesen Kampf untereinander ausfechten.

Der Kampf um die Weltmacht ist heute ein Kampf um die Weltmacht.

Heute geht es aber auch um die Hegemonie über die Staaten der zweiten Welt. Der Schwerpunkt des Ringens der Supermächte liegt in Europa, wobei der Sozialimperialismus in der Offensive ist und die Kontrolle und Versklavung ganz Europas anstrebt.

Heute haben wir also zwei Mächte, aus deren Streben um Hegemonie die Kriegsgefahr resultiert und die Staaten und Völker der Welt bedrohen, wobei die Hauptseite der Aggression immer mehr vom russischen Sozialimperialismus ausgeht. Nur diese beiden Supermächte sind heute imstande, einen Weltkrieg zu entfesseln.

Die sozialistischen Länder und die Länder der Dritten Welt können kein Interesse an einem Weltkrieg, sondern nur ein Interesse am Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft haben.

Die Staaten der Zweiten Welt - obwohl kapitalistische und imperialistische Staaten - können im Augenblick nicht am Ausbruch eines Kriegs interessiert sein. Das ist das Resultat der steigenden Macht der Dritten Welt, es ist aber auch daraus zu erklären, dass in einem Kriegsfall durch die Hegemoniepolitik der Supermächte in ungleich grösserem Masse bedroht sind, als dass sie eigene expansive Interessen durch einen Krieg durchsetzen könnten. Einige osteuropäische Länder werden jedoch heute entgegen ihren nationalen Interessen vor den Kriegskarren des Sozialimperialismus gespannt, um seiner Aggression- und Expansionspolitik Westeuropas gegenüber zu dienen.

Viele osteuropäische Staaten sind heute faktisch Kolonien der Sowjetunion. Die westeuropäischen Staaten werden durch das Ringen der beiden Supermächte, insbesondere aber durch die Expansion des Sozialimperialismus in ihrer Unabhängigkeit und staatl. Souveränität zunehmend bedroht.

Es geht also in einem drohenden Krieg um zweierlei:

1. um die imperialistischen und hegemonistischen Interessen der beiden Supermächte
2. um berechnete nationale und antihegemoniale Interessen der sozialistischen Länder, und der anderen Völker und Länder der Dritten Welt, aber auch der Völker und Länder der Zweiten Welt.

Sieht man nur das eine Element, das Ringen um die Weltherrschaft der Supermächte, sonst jedoch nichts, wie das in der Kriegsgefahrresolution des KE Wien zum Ausdruck kommt, so führt das natürlich zu völlig falschen Schlussfolgerungen.

Setzt sich z. B. Österreich gegenüber einem Angriff des Sozialimperialismus zur Wehr, so wäre das seitens des Sozialimperialismus ein imperialistischer Krieg mit dem Ziel der Okkupation und Versklavung Österreichs, von seiten Österreichs ein antihegemonialer, nationaler Unabhängigkeits- und Verteidigungskrieg.

Wie stark das nationale, antimperialistische Element in so einem Krieg der Supermächte in Europa wirklich ist, welchen Erfolg diese gerechte Sache haben kann, hängt davon ab, wie stark jene Kräfte in den westeuropäischen Ländern sind, die eine von den Supermächten von ihrer Hegemoniepolitik unabhängige Haltung einnehmen.

Hat die Bourgeoisie die politische und militärische Führung in einem Widerstandskrieg inne?

Welche politische und militärische Stärke haben die Volkskräfte in so einem Krieg?

Gelingt es, den Widerstandskrieg unter der Führung der Bourgeoisie in einen Widerstands- und Volkskrieg unter der Führung der Arbeiterklasse umzuwandeln?

Das sind Fragen, die von grosser Bedeutung sind und den Verlauf und Ausgang des Kampfes gegen die imperialistische Aggression wesentlich bestimmen.

Die Verteidigung Österreichs unter bürgerlicher Führung schliesst eine Bewaffnung des ganzen Volkes und einen Volkskrieg aus (aus Furcht vor dem bewaffneten Volk) stützt sich, um gegen die Sowjetunion geschützt zu sein, auf die Militärstrategie der anderen Supermacht; einer "Schutzmacht" Österreichs, die ihn Europa nur hegemonistische und imperialistische Interessen zu verteidigen ztt hat. Die österr. Bourgeoisie nimmt damit, weil sie sich vor dem bewaffneten Volk fürchtet, lieber eine amerikanische Einmischung und deren nukleare Verteidigungsstrategie und damit auch eine Bedrohung Österreichs durch diese Supermacht in Kauf. Was es heisst, sich auf eine Supermacht zu stützen, um eine andere zu bekämpfen, hat in letzter Zeit das Beispiel Angola deutlich gezeigt.

In einem gewissen Sinn ist die Verteidigung unter bürgerlicher Führung daher heute schon gegen die Interessen des eigenen Landes und eigenen Nation gerichtet. Sie kann niemals die Verteidigung der Unabhängigkeit und nationalen Freiheit Österreichs garantieren.

Die Perspektive der Verteidigung des Landes aus der Sicht des Proletariats, besteht darin, dass nur durch einen Volkskrieg dem Aggressor Widerstand geleistet werden kann und er schliesslich vertrieben werden kann.

Da die Bourgeoisie nicht fähig ist, die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes zu schützen, müssen die Marxisten-Leninisten das österr. Volk auf einen Volkskrieg einstellen und darauf vorbereiten.

Da die Bourgeoisie nicht fähig ist, die Interessen des eigenen Landes des Volkes und der eigenen Nation gegenüber der Hegemoniepolitik der Supermächte in irgendeiner Weise konsequent zu vertreten, muss die Arbeiterklasse eine Politik entwickeln, die die Volksmassen mobilisiert, für den Kampf um die Isolierung der Sowjetunion, des Hauptkriegstreibers, für den Kampf gegen die Kriegspolitik der USA, für den Kampf um die Landesverteidigung Österreichs vor dem Zugriff des Hegemonismus, und für die Vorbereitung auf einen Volkskrieg. Indem es den Marxisten-Leninisten gelingt, eine entsprechende Politik zu entfalten, werden sie sich in der Praxis als führende Patrioten des Landes erweisen.

Angesichts der heute in der kommunistischen Bewegung Österreichs existierenden Auffassungen stellt sich die Frage als Streitfrage, ob der Kampf um die Unabhängigkeit auch die Verteidigung der staatlichen Souveränität Österreichs im Hinblick auf einen drohenden dritten Weltkrieg miteinschliessen muss. Oder ob wir heute jeden Gedanken an die Verteidigung Österreichs als Sozialchauvinistische Phrase gekämpfen müssen. Die zweitgenannte Auffassung wird heute innerhalb der KB's und der KG's vertreten. Sie findet sich in den verschiedensten Rechenschaftsberichten. Im Programmtext findet sie sich auf S. 21 und auf S. 55 in den Erläuterungen zum Programmtext, sowie auch in der Kriegsgefahrresolution des KB Wien.

Für diese Auffassung, dass Österreich einen imperialistischen Krieg führen wird, werden verschiedene Gründe angeführt.

~~Die Auffassung, dass Österreich einen imperialistischen Krieg führen wird, ist eine~~
"Weil die Bourgeoisie bloss ihre überlebte Herrschaft verteidigt, hat die Arbeiterklasse nichts zu verteidigen, denn diese Herrschaft ist überlebt, reaktionär."

Diese Auffassung wird in der einen oder anderen Form auch in unseren Reihen vertreten. ~~Das Wort "Reaktionär" stammt aus dem Kampf~~

Hier wird allein aus der Tatsache, dass das Monopolkapital in einem bestimmten Land die Herrschaft ausübt, abgeleitet, dass die "Arbeiterklasse nichts zu verteidigen hat". Aber sowohl in der USA als auch in der Sowjetunion, als auch in Österreich übt das Monopolkapital die Herrschaft aus.

Diejenigen, die die vorhin zitierte Meinung vertreten, glauben, dass sie in ihrer Haltung zum Krieg ohne konkrete Analyse der Situation am Vorabend eines drohenden Kriegs auskommen können, sie glauben, dass es sich erübrigt, die Kriegstreiber herauszufinden, ^{zu schauen} welche Länder durch die imperialistischen Aggressoren bedroht sind, welche Kräfte sich den Aggressoren entgegenstellen können.

Sowohl Lenin im ersten Weltkrieg als auch die Komintern vor und während des zweiten Weltkriegs sind von einer konkreten Analyse eines ganz bestimmten Krieges ausgegangen.

Wie sonst wäre das "Wunder" zu erklären, dass sich sowohl die Komintern als auch die Sowjetunion 1937 und 38 für die Verteidigung z. B. Österreichs, eines imperialistischen Landes ausgesprochen hat, das aber in dieser konkreten Situation Opfer eines imperialistischen Aggressors geworden war?

Bereits Lenin hatte darauf hingewiesen: "Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht nur agrarische Gebiete, sondern höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren. Den erstens zwingt die abgeschlossenen Aufteilung der Erde bei einer Neuerteilung die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Grossmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d. h. nach der Eroberung von Ländern." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

Die Bestätigung dieses Gedankens der Annexion von industriell entwickelten Gebieten

hat der 2. Weltkrieg gebracht.

Und wer kann behaupten, dass - obwohl Österreich eine imperialistische Land und Unterdrückernation ist - heute die Gefahr nicht mehr droht, dass Österreich Opfer eines Imperialistischen Kriegs, Opfer einer Annexion wird?

Weil unsere Bourgeoisie nur mehr ihre Profite und ihre überlebte Herrschaft verteidigt, deswegen hat die Arbeiterklasse sehr wohl etwas zu verteidigen, denn sie verteidigt die Unabhängigkeit des Landes, die nationale Freiheit des österr. Volkes und auch sämtliche bürgerliche demokratischen Rechte gegenüber der imperialistischen Versklavung!

"Österreich verfolgt selbst aggressive imperialistische Interessen. Die Neutralität Österreichs, die die Bourgeoisie für die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen nutzt, wird sie jederzeit preiszugeben versuchen, wenn sie diesen Interessen im Wege steht."

Gemeint ist damit, dass die Bourgeoisie selbst die Neutralität über Bord werfen und in einen imperialistischen Krieg eintreten wird. Die österr. Bourgeoisie kann aber heute keineswegs hoffen, in einem Krieg aggressive expansionistische Ziele durchsetzen zu können, vielmehr muss sie fürchten, selbst Opfer solcher Ziele zu werden. Die Erhaltung des Friedens liegt heute in ihrem eigenen Klasseninteresse. Die Neutralität Österreichs wird sie folglich nicht "jederzeit preisgeben", sondern solange als möglich zu erhalten versuchen. Um sich dadurch aus einem Krieg herauszuhalten und ausserhalb eines Konflikts zu bleiben. Dass die Bourgeoisie daran denkt, die "Verteidigung Österreichs" der NATO-Strategie einzugliedern, ist Zeichen ihres nationalverräterischen Charakters, den unsere Bourgeoisie schon öfter unter Beweis gestellt hat.

"Österreich wird im Fall eines Krieges zwischen den Supermächten an der Spitze der USA in den Krieg hineingezogen werden. Insofern wird es an der Seite grösserer imperialistischer Räuber in einem imperialistischen Krieg eintreten."

Wenn wir bedroht werden, müssen wir uns auf eine Verteidigung vorbereiten. Wenn wir angegriffen werden, verteidigen wir uns.

Ist diese Losung angesichts der wachsenden Faktoren für einen Krieg, des Hegemonie-strebens der Supermächte und der Offensive des Sozialimperialismus für Österreich richtig?

Vielleicht würde jemand diese Frage bejahen, der anerkennt, dass der Charakter eines Krieges nicht direkt aus den inneren Klassenverhältnissen eines Landes abgeleitet werden kann, wenn nicht noch ein "Beweis" für die Ungerechtigkeit eines Verteidigungskampfes zur Hand wäre. Jedwede Aktion militärischen Charakters zur Verteidigung Österreichs wäre eine ungerechte, imperialistische Handlung, weil sich die österr. Bourgeoisie auf die Seite der USA schlagen wird.

Sonderbar ist zunächst, dass diese Genossen die Bedrohung Österreichs zwar zugaben, dass für sie aber daraus absolut nichts folgt. Dieses Mal mit der Begründung, dass ja jede Hand zur Verteidigung Österreichs nichts anderes sein könnte als ein Kriegs- und Aggressionswerkzeug der USA.

Schätzen diese Genossen die Situation richtig ein?

Die Politik, die die herrschenden Kreise Österreichs und die massgeblichen Politiker der Sozialdemokratie in der ersten Hälfte der 50-er Jahre betrieben, war tatsächlich eine Politik im Auftrag der USA, eine Politik der Kriegs- und Aggressionsvorbereitung im Auftrag der USA. Damals war der US-Imperialismus auf dem Höhepunkt seiner Macht und bereitete einen neuen Aggressionkrieg vor, der vor allem die Sowjetunion und die volkdemokratischen KK Länder treffen sollte. Indem die herrschenden Kreise Österreichs der USA als Aggressions- und Expansionswerkzeug dienten, verfolgten sie gleichzeitig eine antinationale, gegen die Interessen ihres eigenen Landes gerichtete Politik. Damals war es richtig, diese Kreise der Beteiligung und Mithilfe an der imperialistischen Kriegstreiberei zu bezichtigen.

Am 19. Parteitag der KPdSU legte Molenkow die Situation folgendermassen dar:

"Die herrschenden Kreise Frankreichs, Italiens, Englands, Westdeutschlands und Japans haben sich an den Streitwegen des amerikanischen Imperialismus gekettet und damit auf eine selbständige nationale Aussenpolitik verzichtet. Freilich übt die herrschende Spitzenschicht dieser Länder damit Verrat an den nationalen Interessen."

und beschönigt ihren eigenen Bankrott. Aber diese Spitzenschicht zieht es vor, die nationalen Interessen der eigenen Staaten zum Opfer zu bringen, da sie hofft, von ihrem imperialistischen Gönnern in Übersee Unterstützung gegen die eigenen Völker zu erhalten, die diese Spitzenschicht mehr fürchtet als eine fremdländische, imperialistische Knechtschaft.

Die unmittelbare Verantwortung für die antinationale Politik der herrschenden Kreise tragen auch die rechten Sozialdemokraten, in erster Linie die Spitzen der Labourpartei Englands, der französischen sozialistischen Partei und der sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands. Die Rechtssozialisten Schwedens, Dänemarks, Norwegens, Finnlands, Österreichs und anderer Länder treten in die Fußstapfen ihrer Kumpans und führen seit Ende des 2. Weltkriegs ständig einen wütenden Kampf gegen die friedliebenden und demokratischen Kräfte der Völker. Die eigene rechte Sozialdemokratie hat sich, nicht genug, dass sie bisher die Rolle eines Lakaien der eigenen Bourgeoisie spielte, in eine Agentur des fremdländischen, amerikanischen Imperialismus verwandelt und führt bei der Kriegsvorbereitung und beim Kampf gegen die eigenen Völker seine schmutzigsten Aufträge aus.

Also Juniorpartner der USA, Durchführung der Aufträge der USA bei der Vorbereitung eines Aggressionskrieges, (unter dem Vorwand der Gefahr aus dem Osten), das war die Linie der maßgeblichen Kreise der österreichischen Bourgeoisie damals verfolgten.

Bekanntlich änderte sich die Situation nach dem Staatsvertrag und die österreichische Bourgeoisie nahm nicht mehr dieselbe Haltung ein. Verzicht auf Bindung und Anlehnung an eine imperialistische Grossmacht und Versuch, ausserhalb jedes Konflikts zu bleiben, waren Maximen einer "Neutralitätspolitik", die sich immer mehr als gültig durchsetzten.

Die heutige Lage betrachtet. Ist es richtig, die Situation gleich zu beurteilen wie in den 50er Jahren und zu behaupten, dass die Österreichische Bourgeoisie an der Seite grösserer Räuber (der USA) in den Krieg eintreten wird, in der Verfolgung eigener imperialistischer Ziele und als Aggressionswerkzeug der USA?

Das ist nicht nur unrichtig, sondern zugleich auch gefährlich, weil es von den wirklichen Problemen und Gefahren ablenkt.

Dass die österreichische Bourgeoisie daran denkt, einmal die Verteidigung Österreichs der NATO-Strategie einzugliedern, so nicht, weil sie heute in den Krieg einzutreten gedenkt, sondern das ist ein Zeichen ihres nationalverräterischen Charakters, den die Österr. Bourgeoisie schon öfter unter Beweis gestellt hat und ihrer Unfähigkeit, das österr. Volk zu verteidigen.

Das zeigt umso dringender, dass die Arbeiterklasse und das Volk die Verteidigung Österreichs in die Hand nehmen und sich darauf vorbereiten müssen.

Wer heute angesichts dieser Bedrohung Österreichs durch die Kriegspolitik der Supermächte besonders aber durch den Sozialimperialismus ignoriert, den Kampf gegen diese Bedrohung nicht führen will und die Perspektive eines nationalen Verteidigungskrieges leugnet, der leugnet auch die wirklichen Gefahren, die Österreich drohen und spielt den Supermächten, vorallem den Sozialimperialismus in die Hände. Natürlich ist die Möglichkeit einer amerikanischen Gegenoffensive und einer amerikanischen Expansion nach dem Osten denkbar; das kann z. B. als Resultat einer Niederlage der Sowjetunion in einem Krieg möglich sein. Natürlich ist es dann auch möglich, dass sich die Imperialisten westeuropäischen Länder in der einen oder anderen Form an dieser Expansion beteiligen.

Aber dann wären wir vor eine völlig andere Situation gestellt als sie heute existiert. Heute stehen wir im wesentlichen einer Offensive der USA und der Bedrohung Osteuropas als dem Hauptproblem gegenüber, sondern einer Offensive der Sowjetunion und der Bedrohung Westeuropas sowie der Verteidigung der amerikanischen Hegemonieinteressen in Westeuropa gegenüber. Indem wir mit dieser Bedrohung rechnen und angesichts dieser Bedrohung bereit sind, die nationale Souveränität Österreichs zu verteidigen, sind wir auch gleichzeitig gegen jede Verletzung unserer Souveränität durch den USA-Imperialismus und dagegen, dass eine österr. Regierung entgegen den Interessen des eigenen Landes nicht die Verteidigung des eigenen Landes betreibt, sondern bestimmten Hegemonistischen Interessen des US-Imperialismus dient.

Wir gehen davon aus, dass ~~man~~ man sich bei der Verteidigung des Landes vor einer imperialistischen Aggression durch eine Supermacht nicht auf die andere Supermacht stützen kann, sondern nur auf den organisierten Volkswiderstand.

Es ist ein trauriges Kennzeichen der geschichtlichen Stellung der österr. Bourgeoisie, dass sie in der 1. Republik und nach 1945 eine Politik der Verscheuerung der nationalen Unabhängigkeit und eine antinationale gegen die Interessen des eigenen Landes gerichtete Politik betrieb und sich zum Juniorpartner dieser oder jener imperialistischen Macht machte.

Diese Politik ist stets auf dem Rücken des österr. Volkes gemacht worden und das österr. Volk hat ihre Resultate austragen müssen.

1934 und 35 als die Gefahr der Bedrohung Österreichs durch den Hitler-Faschismus bereits akut bestand, hoffte die Austrofaschistische Bourgeoisie, dass das faschistische Italien ein Gegengewicht zu Hitler sei, eine "Schutzmacht" und "Garantiemacht" für Österreichs Unabhängigkeit.

1935 am 7. Weltkongress ging der österr. Delegierte Hermann folgendermassen auf dieses Problem ein:

"Wenn wir heute in Österreich gegen den Anschluss für die Verteidigung der staatl. Unabhängigkeit des Landes kämpfen, so sind wir der Übereinstimmung und Unterstützung aller Kräfte des deutschen Volkes gewiss, die gegen Hitler und für den Frieden sind. Aber das österr. Volk darf die Verteidigung seiner Unabhängigkeit nicht der faschistischen Regierung und dem italienischen Imperialismus überlassen, der heute oder morgen bereit sein kann, sich auf dem Rücken des österr. Volkes mit Hitler-Deutschland zu verständigen."

Es ist bekannt, dass der ~~Nazi~~ italienische Faschismus dazu bereit gewesen ist. Es ist ebenfalls bekannt, dass sich die Tschechoslowakische Regierung auf ihre "Schutzmächte" England und Frankreich stützte, die sie dann billigst verkauften etc.

Wenn wir die heutige Situation betrachten, so sehen wir wiederum, dass die österr. Bourgeoisie auf eine "Schutzmacht" setzt, der sie - im Falle eines Angriffs auf Österreich - die Verteidigung Österreichs überantworten könnte.

Darin, dass Österreichs Verteidigung nur "symbolisch" ist, dass die österr. Bourgeoisie die Verteidigung aus der Hand gibt, liegt eine grosse Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs und die Freiheit des österr. Volkes.

Wer garantiert, dass sich der US-Imperialismus mit dem Sozialimperialismus nicht zuungunsten des österr. Volkes verständigt?

Wer garantiert, dass Sonnenfeldt-Doktrinen, die heute schon Jugoslawien dem Sozialimperialismus preisgeben, nicht auch einmal auf Österreich angewandt werden?

Kann man sich bei der Verteidigung Österreichs auf die Hegemoniepolitik der USA stützen, die nicht die Völker Europas sondern die imperialistischen Klasseninteressen des USA-Monopolkapitals verteidigt?

Kann man sich auf die Militärstrategie der USA stützen, die die Strategie des Atom-schutzschildes, die Strategie der verbrannten Erde ist, also verkommene imperialistische Kriegsführung?

Wer garantiert, dass der US-Imperialismus die Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs nicht selbst wieder verletzt und aufs schwerste gefährdet?

Falls die österr. Bourgeoisie im Falle einer Aggression auf Österreich das Kommando der militärischen und politischen Kampfführung des USA-Imperialismus übergibt, so treten wir gegen jede Unterordnung der Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs unter die Hegemonieinteressen der USA auf und treten ein für die Umwandlung eines unter dem USA-Kommando geführten Kriegs in einen Volkskrieg zur Verteidigung der Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität Österreichs und bekämpfen eine dem widersprechende, antinationale Politik einer österr. Regierung. Gleichzeitig weisen wir auch ~~jede~~ jede Verletzung der Souveränität Österreichs durch den US-Imperialismus zurück.

SOZIALCHAUVINISMUS ODER PATRIOTISMUS?

Die Verteidigung der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität Österreichs darf nicht der Bourgeoisie überlassen werden.

Insgesamt läuft die heute innerhalb der KB'S und KG's vorherrschende Haltung darauf

hinaus, die Verteidigung der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs als Sache der Bourgeoisie zu betrachten, um die man sich nicht zu kümmern braucht, oder die man sogar als imperialistischer Betrug der Bourgeoisie an der Arbeiterklasse anprangern müsse. Vor dem Sturz der österr. Bourgeoisie kommt dieser Auffassung nach, ein Kampf um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität nicht in Betracht, weil damit nur die Bourgeoisie bzw. ein imperialistischer Krieg unterstützt würde.

Dahinter steht nicht nur eine fehlerhafte Einschätzung der internationalen Klassenkampfssituation, eine Verwischung des Unterschieds zwischen Österreich und den wirklichen Kriegstreibern, eine Verwischung des Unterschieds zwischen den Aggressoren und den Opfern der Aggression, eine Verharmlosung der wahren Aggressoren.

Dahinter steht auch die Ignorierung einer der Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die Stalin am 19. Parteitag der KPDSU folgendermassen zusammenfasste:

"Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation, sie verteidigte die Rechte und Unabhängigkeit der Nation und stellte sie 'über alles'. Jetzt ist von dem 'nationalen Prinzip' keine Spur mehr übrig. Jetzt verschachtet die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Kein Zweifel, dass es an euch liegt, den Vertretern der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner aufzuheben und vorwärts zu tragen, wollt ihr Patrioten eures Landes sein, wollt ihr zur führenden Kraft der Nation werden. Es gibt sonst niemand, der es aufheben könnte."

Sollte heute nicht mehr gelten, was am 7. Komintern-Kongress betont wurde: "dass die Bourgeoisie auch wenn sie in einem bestimmten Augenblick sogar gezwungen ist die Waffen für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit zu ergreifen, jederzeit bereit ist in das Lager des Gegners überzuwechseln angesichts der Gefahr der Umwandlung des Krieges in einen Volkskrieg und angesichts der Erhebung der Arbeiter- und Bauernmassen, die die Verwirklichung ihrer Klassenforderung verlangen." (Protokolle, S. 922).

Das eigene Interesse der österr. Arbeiterklasse selbst gebietet es, ihr eigenen Schicksal und das ihres Landes nicht der Entscheidung der herrschenden Klassen zu überlassen.

Das zu leugnen, heisst, nationalen Nihilismus zu vertreten und zu praktizieren.

Das zu leugnen heisst, Sozialchauvinismus mit Patriotismus zu verwechseln.

Die Unabhängigkeit Österreichs von den Supermächten nur insofern zu verteidigen, wenn es im Interesse der Länder der Dritten Welt gk liegt, nicht jedoch weil es im Interesse der österr. Nation, im Interesse des eigenen Landes liegt (vgl. Wiener BB) ist eine Form des nationalen Nihilismus.

Nicht mit der Bedrohung Österreichs durch die Hegemoniepolitik der Supermächte und der Perspektive eines nationalen Verteidigungskrieges zu rechnen, sondern das geradezu zu vertuschen, indem man von der Perspektive eines imperialistischen Kriegs der österr. Bourgeoisie spricht - auch dahinter steckt nationaler Nihilismus.

Die Konsequenz ist: das alles das, wo sich die Kommunisten als Patrioten bewähren müssen, was im Bereich der berechtigten nationalen Interessen Österreichs liegt, das diese Bereiche der Politik der österr. Bourgeoisie überlassen bleiben.

Es ist keine Frage: Ohne ein Patriot zu sein, kann man heute den Kampf gegen den Hegemonismus und die Kriegsgefahr gar nicht führen. Wie soll aber die Arbeiterklasse in die Geschichte des Landes eingreifen, wenn es Leute gibt, die meinen, dass der Kampf um die Unabhängigkeit nicht ausgedehnt werden darf auf den Kampf um die Erhaltung der staatl. Souveränität, weil das als imperialistische "Vaterlandsverteidigung" angeblich nur der Bourgeoisie nützt.

Angesichts der heutigen Bedrohung Österreichs durch die Supermächte, vor allem durch den Sozialimperialismus, angesichts der geschichtlichen Entwicklung Österreichs in diesem Jahrhundert, angesichts der notorischen landesverräterischen und lakaienhaften Rolle, die die österr. Bourgeoisie gespielt hat, kann die österr. Arbeiterklasse das Schicksal des Landes nicht in den Händen der Bourgeoisie belassen, sondern muss die Frage der Verteidigung der Unabhängigkeit und der Freiheit des österr. Volkes

als ihr ureigenstes Anliegen betrachten.

Wenn die Kommunisten sich als führende Patrioten verstehen müssen, so bekämpfen sie jede reaktionäre und imperialistische Politik der eigenen Bourgeoisie, sowie jede Politik, die als im Interesse des Landes liegend ausgegeben wird, in Wirklichkeit aber nur den eigenen egoistischen Klasseninteressen der Bourgeoisie oder den Interessen der Supermächte dient.

Besonders wichtig ist auch die Haltung zu den Fragen der Landesverteidigung und der Aussenpolitik der Regierung.

1936 schrieb Dimitroff in einer Situation der aktuellen Bedrohung europäischer Völker und Länder durch den deutschen Faschismus: "Eine besonders wichtige Frage der Taktik der Arbeiterklasse, besonders in jenen Ländern, denen unmittelbar ein Überfall droht, ist heute die Stellung zur Aussenpolitik der Regierung und zur Landesverteidigung. Sich zu den Fragen der Landes~~regierung~~verteidigung gleichgültig zu verhalten, sie der unkontrollierten Amtswaltung der bürgerlichen Regierung zu überlassen - eine solche Stellung dient keineswegs der Verteidigung des Friedens, das Proletariat kann ohne eine eigene selbständige Politik in diesen Fragen nicht auskommen. Die Partei des Proletariats muss, ohne jemals ein Abgleiten auf die Positionen der Bourgeoisie zuzulassen, in die Aussenpolitik und das Gebiet der Fragen der Landesverteidigung aktiv mit ihrer Plattform, mit ihren Forderungen eingreifen. In jeder konkreten Situation setzen sich die Vertreter der Arbeiterklasse für solche Vorschläge ein und erstreben die Durchführung solcher Massnahmen, die den breiten Volksmassen die grösste Möglichkeit eröffnen, auf die Aussenpolitik der Regierung einen Druck auszuüben sowie die Handlungen der Regierung in den Fragen der Landesverteidigung wirksam zu kontrollieren. Sie treten auch für alle Massnahmen ein, die den bürgerlichen Regierungen die Kapitulation vor dem faschistischen Angriffern und den Verrat an der Unabhängigkeit und Freiheit des Volkes erschweren." (Dimitroff, Bd. II, S. 9/10)

Obwohl die Bedrohung heute noch nicht so akut sein mag wie 1936, kann die Arbeiterklasse ohne eine selbständige Politik in diesen Fragen nicht auskommen.

Eintreten für Volksbewaffnung, um sich auf einen Angriff auf die Souveränität vorzubereiten und eine wirksame, auf die bewaffneten Kräfte des Volks gestützte Verteidigung im Falle einer Aggression zu gewährleisten.

Eintreten für Massnahmen, die dem Schutz der Bevölkerung vor den Kriegsschrecken dienen, wie der Bau von Schutzbunkern, von Einrichtungen, die Schutz in einem Atomkrieg bieten und die Widerstandskraft der Bevölkerung heben, sowie der Verteidigung der Bevölkerung dienen. (Wie z. B. das Eintreten für Gasmaskenübungen am 7. Weltkongress befürwortet wurde). Gleichzeitig können wir nicht gegen Massnahmen auch der Bourgeoisie sein, die der Erschwerung eines Überfalls durch einen Angreifer dienen.

Dabei gehen wir davon aus, dass wir im Falle eines imperialistischen Angriffs auf Österreich für die Niederlage des Angreifers kämpfen werden und nicht für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie. (ausser derjenigen, die nationalen Verrat übt)

Für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie werden wir dann kämpfen, wenn sich diese Aufgabe wirklich stellt, aber nicht zu einem Zeitpunkt, wo der Widerspruch zur eigenen Bourgeoisie vorübergehend an die 2. Stelle gerückt ist.

D. h. aber nicht, dass wir bedingungslos für die Militärpolitik der Regierung, für das Militärbudget etc. eintreten.

Das österr. Bundesheer ist und bleibt ein bürgerliches Heer, das ebenso zur Niederschlagung der Forderungen der Arbeiter- und Volksmassen eingesetzt werden kann und auch eingesetzt werden wird, wenn es die Bourgeoisie für notwendig befindet.

Wir kämpfen daher auch gleichzeitig gegen den bürgerlichen Militarismus, der nur zur Knebelung und Unterdrückung des Volkes durch die herrschende Klasse dient und gleichzeitig nur die Widerstandskraft des Volks gegen eine drohende Aggression schwächt.

Falls die österr. Bourgeoisie sich in ~~xxx~~ an einem Krieg einer Supermacht gegen die Länder der Dritten Welt beteiligt, der die Fortsetzung einer Politik der Konfrontation gegenüber den Ländern der Dritten Welt wäre, so wäre diese Kriegsbeteiligung der österr. Bourgeoisie nicht nur gegen die Interessen der ~~eigenen~~ Länder der Dritten Welt gerichtet, sondern auch gegen die Interessen des eigenen Volks und eigenen Landes.

In diesem Fall treten wir ein für den Sieg der kriegführenden Kräfte der Dritten Welt, für die sofortige Beendigung eines solchen Krieges seitens der österr. Bourgeoisie, für die Niederlage der kriegführenden Supermacht und für die Niederlage der eigenen kriegführenden Bourgeoisie, wobei wir danach trachten, die Situation für den Sturz der eigenen Bourgeoisie auszunützen.

DIE EINHEITSFRONT GEGEN KOLONIALISMUS, IMPERIALISMUS UND HEGEMONISMUS STÄRKEN

Ein dritter Weltkrieg ist nicht unvermeidlich. Man muss mit ihm rechnen und sich auf ihn vorbereiten aber die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. Ein 3. Weltkrieg ist vorallem nicht unvermeidlich wenn man alle Kräfte zusammenschliesst die zusammengeschlossen werden können um eine breite Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus zu finden. Wenn man weiters im besonderen alle Kräfte zusammenschliesst, die eine internat. Einheitsfront zur Isolierung der Kriegstreiber in der Sowjetunion und USA bilden können, und die zu einer weltweiten Front zur Erhaltung des Friedens zusammenschlossen werden können.

Für uns in Österreich heisst das dass wir für den Sturz des österr. Monopolkapitals eintreten und für den Sozialismus kämpfen.

Dass wir die bewaffneten Volkskämpfe der Völker der 3. Welt gegen Kolonialismus und Imperialismus unterstützen sowie alle Massnahmen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art seitens der Länder der 3. Welt unterstützen, die sich gegen Kolonialismus und Imperialismus wenden, und die dem Aufbau der nationalen Wirtschaft dieser Länder nützen.

Gleichzeitig heisst das für uns das Volk zu mobilisieren um auf die österr. Bourgeoisie einen öffentlichen Druck auszuüben diese Tatsachen und Massnahmen anzuerkennen und sie scharftens zu verurteilen, falls sie aufgrund eigener oder fremder imperialistischer Interessen und Erwägungen diese Entwicklungen und Massnahmen bekämpft.

Was die Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte betrifft, so haben wir folgende Aufgaben alles zu unterstützen und zu fördern, was gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte Front machen kann.

Den Zusammenschluss sämtlicher Kräfte zu fördern, die gegen den Hegemonismus der Beiden Supermächte zusammengeschlossen werden können.

Die Hegemoniepolitik der Supermächte gegenüber der dritten Welt aber auch gegenüber der 2. Welt zu bekämpfen.

Für Beziehungen zwischen den Staaten der 2. Welt und der 3. Welt einzutreten, und solche zu unterstützen, die keine einseitigen Beziehungen imperialistischer Ausbeutung und Konfrontation sind sondern Beziehungen, die der Entwicklung der nationalen Wirtschaft der 3. Welt in einem gewissen Mass nützlich sind, aber auch für die Unabhängigkeit der Länder der 2. Welt von den Supermächten förderlich sind.

Wir unterstützen den Kampf den die sozialistischen Länder und die Länder der 3. Welt gegen die Aggression, Einmischung und Terrannisierung gegen die Supermächte führen.

Was den Kampf gegen die Kriegsgefahr betrifft, so führen wir den Kampf gegen die Kriegspolitik der beiden Supermächte und bekämpfen mit konkreten Forderungen sämtliche ihrer Massnahmen, die die Kriegsgefahr steigern und die Völker der Welt bedrohen.

Wir treten gegen jene Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Art auf die die Abhängigkeit und Bedrohung Österreichs durch die 2. Supermächte verschärfen. Besonders treten wir gegen jene wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Hauptkriegstreiber Sowjetunion auf, die diese Kriegsmacht stärken und die aufpöppeln. Jeden Schritt der Regierung in diese Richtung müssen wir entschieden bekämpfen.

Was die Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs betrifft so müssen die Kommunisten die führenden Patrioten und die entschiedensten Verteidiger der Unabhängigkeit und Souveränität sein.

Auf einen Weltkrieg muss man sich heute schon vorbereiten. Das bedeutet den ideologischen und politischen Kampf aufzunehmen gegen die Feinde der Unabhängigkeit und Souveränität aller Schattierungen, besonders aber die Agenten Moskaus;

sowie auch gegen alle Schattierungen des kleinbürgerlichen Defätismus, der von der Sinnlosigkeit der Verteidigung Österreichs ausgeht.

Dies bedeutet die Erarbeitung einer Plattform, auf die sich jeder Patriot stellen kann, der für die Erhaltung des Friedens gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte und für eine Verteidigung Österreichs durch die Volkskräfte, für die Vorbereitung eines Volkskriegs zur Abwehr der imperialistischen Aggression eintritt.

Wir müssen eigene Überlegungen anstellen für den Aufbau selbständiger militärischer Widerstandorganisationen und Gruppen.

Was die Arbeit im Bundesheer betrifft, so muss bei aller Entschiedenheit des Kampfs gegen den bürgerlichen Militarismus auch der Aspekt des Kampfs gegen die Supermächte eine wichtige Rolle spielen sowie die Propaganda des Volkskriegs als einzige Möglichkeit des Siegs über den Aggressor.

Die künftige Arbeit der Kommunisten muss in diese Richtung gehen. Die heute in den KB's dominierende Haltung muss unbedingt geändert werden.

G. H.